

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßte Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 21. Februar 1931

35. Jahrgang

Nummer 8

## Die Auswirkung der Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten bei Steinarbeitern

In dem Reichsarbeitsblatt (Nr. 32, III 222/23 v. 1930) veröffentlicht Gewerbeamte Dr. Ing. W. J. J. Berlin, eine Zusammenfassung nach den Jahresberichten der gewerblichen Berufsgenossenschaften für das Jahr 1929 über die Auswirkung der Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten. Bekanntlich erhöhte die mit Wirkung vom 1. Januar 1929 in Kraft getretene zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten die Zahl der entschädigungspflichtigen Krankheiten von 11 auf 22. Wenn auch die Berichtszeit nur ein Jahr seit Inkrafttreten der Verordnung umfaßt und die Verordnung sich erst in den kommenden Jahren voll auswirken wird, kommt bereits diese Erhöhung in der im Jahre 1929 gemeldeten Zahl gewerblicher Berufskrankheiten recht deutlich zum Ausdruck.

Bei der Beurteilung dieser Erhöhung darf nicht außer acht gelassen werden, daß ein großer Teil der Meldungen auf die Rückwirkung der Verordnung bis zum 1. Januar 1929 zurückzuführen ist.

Nach vorläufigen Ergebnissen sind im Jahre 1929 insgesamt 22 181 Berufskrankheiten gemeldet worden, gegenüber 4332 im Vorjahre. Davon entfallen allein auf den Bergbau rund 13 000. Den 67 gewerblichen Berufsgenossenschaften sind, abgesehen von der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft, die für die Berufskrankheiten im Bergbau zuständig ist und die in dieser Zusammenfassung nicht berücksichtigt sind, nach den Angaben in den Jahresberichten 8230 Fälle gemeldet worden, gegenüber 4199 im Vorjahre.

Bei der Zusammenfassung der Berufsgenossenschaften nach großen Industriearten ergibt sich für die Industrie der Steine und Erden, daß 1791 Fälle gemeldet worden sind. In dieser Industrie sind natürlich die Staublungenerkrankungen am häufigsten. Bei der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft wurden allein 759 Fälle gemeldet. Doch werden wohl — (leider! Red.) recht viele dieser Fälle nicht entschädigt werden, weil die Krankheit schon vor dem 1. Januar 1929 (Ende der Rückwirkungszeit) bestanden hat, durch die Betätigung nach diesem Zeitpunkte nicht wesentlich verursacht wurde oder weil der Erkrankte vor dem 1. Januar 1929 gestorben war.

Ueber einzelne Beobachtungen und Schutzmaßnahmen wird berichtet: Die Berufsgenossenschaften haben neben den Unfallverhütungsvorschriften Krankheitsverhütungsvorschriften aufgestellt, die zum Teil bereits 1929 in Kraft getreten sind. Damit hat sich das Arbeitsgebiet der technischen Aufsichtsbeamten um das Gebiet des Gesundheitswesens erweitert.

Daß die Berufsgenossenschaften dem Gesundheitschutz die nötige Beachtung schenken, läßt sich u. a. aus der von der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft gemachten Wahrnehmung über Silikose erkennen:

„Die Steinbruchs-BG. hat beobachtet, daß die Staublungenerkrankungen nicht in allen Gegenden, wo Sandsteine gewonnen und verarbeitet werden, auftritt, sondern sich auf einzelne Bezirke beschränkt. Die Voraussetzungen für eine solche Krankheit dürften in engem Zusammenhange mit der mineralogischen Beschaffenheit der Sandsteine (Bestand an Quarz) stehen. Die Beratungen über die zur Verhütung der Krankheit zu treffenden Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen, da das gesamte Fragengebiet noch weiterer Klärung bedarf.“

Die Staubentwicklung in Steingeräteleinigungsanlagen bietet gerade in alten Betrieben häufig Anlaß zu Klagen seitens der Versicherten. Es gibt bisher kein Mittel, das eine restlose Befämpfung der Staubbelastigungen ermöglicht. Erhauften und Befeuchtung mit Wasser werden zusammen mit natürlicher Lüftung angewandt. Respiratoren werden selten benutzt, weil sie besonders bei schwerer körperlicher Arbeit stören. Als zweckmäßig hat sich in gewissen betriebstechnischen Grenzen die umschichtige Beschäftigung der an den verschiedenen Posten tätigen Arbeiter erwiesen.

Die Splitterzeugung in Schotterwerken nimmt immer größeren Umfang an; sie ist mit starker Staubentwicklung

verbunden. Die meisten dieser Anlagen werden jetzt von vornherein mit mechanischer Staubabführung versehen, die aber, wie die Entstauungsanlagen in Kalkwerken, keine große Bedeutung für den Schutz gegen Staubbelästigung haben, da das Innere der Schotterwerke während des Betriebes nur selten betreten wird. In besonderem Maße macht sich neuerdings die Staubeentwicklung in den Schotterwerken der Basaltindustrie bemerkbar. Während früher nur Schotter hergestellt wurde, werden jetzt für den Straßenbau feinere Körnungen verlangt. Da aber der Straßenbau andererseits fordert, daß der Splitt möglichst staubfrei geliefert wird, sind die Werke gezwungen, ihr Material weitgehend zu säubern, wodurch die Staubplage in Zukunft voraussichtlich vermindert werden wird.

Ueber Staubbelästigung wird bisweilen bei der Verwendung von Preßluftwerkzeugen bei der Granitbearbeitung geklagt, insbesondere beim Herstellen gestochter Flächen. Eine wirksame Abführung an der Entstehungsstelle ist ohne Arbeitsbehinderung technisch nicht möglich. Deshalb wird darauf gesehen, daß die Bearbeitung in luftigen Werkstätten stattfindet, die mit Dachentlüftung versehen sind. Auch sollen mit Ventilatoren Versuche gemacht werden. Der Arbeiter kann aber selbst durch geeignete Arbeitsweise viel zur Staubbelämpfung beitragen. Die Staubentwicklung hängt sehr von der richtigen Haltung des Bohrhammers ab, da ja nach der Stellung der Auspufföffnung für die Preßluft und der Entfernung des Bohrhammers von der Bohrlochmündung der um die Bohrlochmündung liegende Bohrraum mehr oder weniger aufgewirbelt wird. Auch bei dem Ausblasen der Bohrlöcher mit Preßluft tritt der Bohrer oft unnötig in den Bereich des aufgewirbelten Bohrraumes.

In den Schleifsteindrehereien können die bestehenden Abzugsanlagen an den Drehbänken und Bohrmaschinen nicht in allen Fällen als ausreichend zur Verhinderung der Staublungenerkrankungen erachtet werden. Gewisse Mengen Gesteinstaub werden sich immer in den Fabrikräumen verbreiten. In einer älteren Anlage mit besonders starker Staubeentwicklung im Bezirk der Sektion III (Mainz) mußte die sofortige Erstellung einer Entstauungsanlage durch polizeiliche Anordnung erwirkt werden.“

Häufig wird die Entstehung der Krankheit auf längst nicht mehr bestehende Arbeitsbedingungen und Einrichtungen zurückzuführen sein, wobei ferner auch die Wohnungsverhältnisse und die Art der Lebensführung auf die Entstehung und Entwicklung der mit der Staublung oft vergesellschafteten Tuberkulose nicht ohne Einfluß sein dürften. Auch, um sich ein Bild zu machen darüber, welche Arbeitergruppen besonders staublungengefährdet sind, reicht das bisherige Material nicht aus, wenn auch aus der Kenntnis der Tatsache, daß Silikose einzig und allein durch den sehr feinen, in das Lungengewebe eindringenden Quarzstaub hervorgerufen werden können, allgemein wohl nur bei bestimmten Arbeitergruppen mit dem Auftreten von schweren Staublungen zu rechnen ist.

Als Verhütungsmaßnahmen kämen in Betracht:  
Entstauungsanlagen an allen Stellen, an denen quarzhaltiger Staub entstehen kann;

tägliche Reinigen der Fußböden auf feuchtem Wege oder durch Abjagen;

Entfernung aller Personen mit Tuberkulose;

periodische ärztliche Untersuchung aller staubgefährdeten Personen.

Besondere Schwierigkeiten — ganz abgesehen von den nicht zu unterschätzenden Kosten — bereitet die Durchführung der Maßnahme 1 im allgemeinen nicht.

Die Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft tauscht ihre Erfahrungen über die Verhütung von Staublungenerkrankungen mit der Knappschäfts- und Steinbruchs-Berufsgenossenschaft aus. Bestimmte Maßnahmen konnten in den Betrieben noch

nicht angeordnet werden. Allgemein wird von den in Frage kommenden Betrieben gefordert, daß für die Niederschlagung des Staubes durch Wasser zu sorgen ist.

Dann ist noch im Bericht über Erkrankungen durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen in Steinbrüchen bemerkt:

„In steigendem Maße wird in den Steinbrüchen Preßluft angewendet, die zum Herrichten von Spreng- und Keillöchern, aber auch zur Steinbearbeitung dient. Daraus, daß bisher solche Krankheitsmeldungen noch nicht erfolgt sind, ist zu schließen, daß die Beschäftigung mit Preßluftwerkzeugen in der Steinindustrie nicht besonders gesundheitschädlich einwirkt. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die mit Preßluftwerkzeugen beschäftigten Arbeiter diese Werkzeuge nicht ununterbrochen benutzen.“

Das Vorstehende haben wir aus dem eingangs erwähnten Bericht nur referierend wiedergegeben, von unserem Standpunkt aus läßt sich natürlich zu den immerhin vorstehenden Auslassungen der Berufsgenossenschaften doch manches einwenden. Zum Beispiel über die Entstehung der Staublung als Berufskrankheit. Gewiß haben die Wohnungsverhältnisse Einfluß auf die Krankheitsentwicklung, Einfluß hat auch die Art der Lebensführung, wobei von den Berufsgenossenschaften und anderen in erster Linie, nach früheren Auslassungen zu urteilen, immer an Alkoholgenuß gedacht wird. Abzüglich wird aber nie auf die Arbeitsweise hingewiesen, auf den Raubbau durch die Akkordarbeit! Gerade dieses System hat in den großen Sandsteinbezirken das große Sterben, die siechen Invaliden, die vielen Witwen und Waisen auf dem Gewissen. Wenn darin in der Jetztzeit eine Veränderung zu verzeichnen ist, soweit der Umfang in Frage kommt, dann ist vor allem der Produktionsrückgang die Ursache und nicht zuletzt die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Mit einer gewissen Genugtuung, wenn auch mit gemischten Gefühlen, können die Gewerkschaften jetzt auf die vorgeschlagenen Verhütungsmaßnahmen der Berufsgenossenschaften blicken. Vor 30 Jahren, als die Sandsteinindustrie noch in Blüte stand, hat besonders unser Steinarbeiterverband fast die gleichen Maßnahmen empfohlen. Damals waren es aber die Träger der Berufsgenossenschaften (die Arbeitgeber), die solche Maßnahmen mit allen Mitteln bekämpften und die Berufsgenossenschaften hieben ebenfalls in die gleiche Kerbe, das war gewiß kurzfristig, aber es kostete nichts. Jetzt, wo die Sache Kosten verursacht, wird durch die Verhütungsmaßnahmen die alte gewerkschaftliche Forderung als richtig und notwendig unterdrückt. Wehlich wird sich daselbst in einigen Jahren ergeben, wenn die 2. Verordnung über Berufskrankheiten auf andere Gesteinsarten neben Sandstein ausgedehnt wird (Schiefer, Granit, Marmor usw.); spruchreif und durch ärztliche Feststellungen erhärtet ist das längst. So ähnlich schaut's aus bei Erkrankungen derer, die mit Preßluftwerkzeugen arbeiten. Daß die Handtierung mit solchen Werkzeugen in der Steinindustrie nicht besonders gesundheitschädlich wirken soll, ist nach unserm Kenntnis der Dinge eine Vorwärtsbehauptung. Leider wird als Berufskrankheit, aus der Handtierung mit den genannten Werkzeugen entstehend, nur Knochen-, Muskel- und Gelenkerkrankungen anerkannt. Der betreffende Arbeiter muß also körperlich schon vollständig erledigt sein, ehe ihn das Gesetz durch Unfallrente betreut; denn die Nervenstörungen und -erkrankungen und sonstige Gesundheitschäden, außer bei Knochen, Muskeln und Gelenken, zählen nicht mit, obgleich Nervenstörungen und anderes die ersten Folgen aus der Handtierung mit Preßluftwerkzeugen sind und den Arbeiter arbeitsunfähig machen. Darin muß allerdings noch eine gründliche Veränderung kommen, hier und da rühren sich bereits Aerzte und Krankenkassen, um auf diese Unzulänglichkeit in der 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallverhütung auf Berufskrankheiten aufmerksam zu machen.

### Beiratsskonferenz unseres Verbandes

Zum 8. Februar hatte die Verbandsleitung die Beiratssmitglieder, den Verbandsauschuß und die Verbandsangestellten zu einer Besprechung der gegenwärtigen allgemeinen Lage, der besonderen im Beruf und im Verband nach Leipzig berufen. Im Gartensaal des Volkshauses tagte die Konferenz, die nach einigen Begrüßungsworten des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Winkler, durch ein wirkungsvolles Referat von ihm eingeleitet wurde. Von den nationalen und internationalen Ursachen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes ausgehend und an Einzelheiten verweilend, wie übertriebene Nationalisierung, größere Leistungs- und geringe Lohnaufnahmefähigkeit, steigende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, Steinindustrie und Straßenbau, Steuerausfälle, steigende Unterhaltungsansprüche an Gemeinde, Land und Reich, wurde in diesem Zusammenhang auch die wirtschaftliche Auswirkung der Reichstagswahl 1930 besprochen, Kapitalflucht, Kreditentziehung usw. Der einzige Aktiostenposten unserer Gesamtwirtschaft ist Deutschlands Anteil am Weltmarkt, was der Redner zahlenmäßig nachweist. Für den Arbeiter ist der Reallohn wichtiger als der Nominallohn. Durch die einseitigen Lohnabnahmemaßnahmen der Reichsregierung wurden die Unternehmer sehr schnell mobilisiert, die nun ohne Rücksicht auf die Kaufkraft des Lohnes in unerhörter Weise abbauen wollen. Das Geistes der Arbeitslosigkeit wird von den Unternehmern als Druckmittel benutzt, um die noch wenigen im Betrieb tätigen Kollegen gefügig zu machen, dafür werden verschiedene Beispiele von Winkler angeführt. Die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder im Januar beträgt 76,7 Prozent. Die noch mit ihren Angaben ausstehenden Zahlstellen werden wenig an dieser Schreckensziffer ändern. Die große Arbeitslosigkeit

wirke sich natürlich auch auf die Mitgliederzahl aus, lockern unter anderen die Verbandsdisziplin. RGO- und Nazis glauben nun, daß ihr Weizen zur Zerstückelung der Gewerkschaften blühe. Deren Wühlarbeit müsse mit allen Mitteln bekämpft werden.

Unser Verband könne wegen seiner Leistungen und die Verbandsleitung wegen ihrer Handlungen jede Kritik vertragen, denn Leistungen und Handlungen seien zeitentsprechend. Redner belegte das an einzelnen Vorgängen, denn ohne den Verband keine Befreiung von der Saisonunterstützung, keine Einbeziehung in die Krisenunterstützung, kein Rechtsschutz bei den vielen Lohnklagen, kein Gesundheitschutz (Staublung), keine Verbandsinvalidenunterstützung, keine Sonderunterstützung und viel anderes mehr. Auch die Bildungsbestrebungen und -möglichkeiten des Verbandes wurden erwähnt, gegenwärtig sind 40 Kollegen in Bernau. Die Zukunftsaussichten? Mit der allgemeinen Hebung blühe auch die Steinindustrie und der Straßenbau wieder auf; aber so rasch wie bergab komme nicht der Aufstieg. Unsere Kollegen haben sich dahin noch viel zu ertragen, dennoch heißt es zusammenhalten, um die jetzigen Scharten an der Lebenshaltung durch die reaktionäre und ungesunde Lohnpolitik wieder ausweken zu können. Ferner sei zu beachten, daß Kunststein, Zement, Beton, Asphalt, Teer und die besondere Stillrichtung der Natursteinindustrie und dem Steinstraßenbau sehr viel zu schaffen mache; auch dieser Richtung muß geschloffen und überzeugt gekämpft werden. Hindernisse und Schwierigkeiten also überall, aber sie sind nicht so groß, um durch unsere geschlossene Kraft nicht überwunden werden zu können.

Anschließend daran gab Kollege Wunderlich einen Bericht über den gegenwärtigen lohnpolitischen und tariflichen Stand im Gesamtverband. Auf die Wehlichkeit der jetzigen Wirtschaftsverhältnisse, mit denen in Deutschland von 1924 wurde hingewiesen. Nach einer volkswirtschaftlichen Betrachtung der gegenwärtigen

Situation, der Stellungnahme der Unternehmer, der Preislenkungsaktion der Regierung, Besprechung der in letzter Zeit gefällten Schiedssprüche und ihre Verbindlichkeitsverpflichtungen kam der Vortragende auf die beruflichen Lohn- und Tarifverhältnisse eingehend zu sprechen. Die Unternehmer in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau lassen an Rührigkeit nichts zu wünschen übrig. Bereits 59 Tarife sind durch Kündigung abgelassen, wodurch sich 37 286 Kollegen im tariflosen Zustande befinden. Weitere 48 Tarife, die etwa 29 700 Kollegen erfassen, laufen in den nächsten Wochen ab, während bisher 8 Tarife mit circa 8900 Beteiligten erneuert werden konnten, allerdings mit einer Lohnföhrung von 4 bis 8,5 Prozent. Nicht zu übersehen ist dabei, daß durch die Qualitätsanforderungen bedeutende Lohnverluste nebenher laufen. Die Rührigkeit der jetzt stark gebärdenden Unternehmer verjage allerdings bei dem Kampf gegen die Erbschaftskonkurrenz zum Naturstein. Zu gegebener Zeit werden wir uns dessen schon erinnern. Die Notlage der Steinindustrie als solche sei nicht zu bestreiten, aber sicher ist sie nicht derartig, wie das immer von den Unternehmern dargestellt wird. Einen großen Teil Schuld können sie auf ihr Konto buchen, besonders die Schotter- und Pflastersteinindustrie dürfte die Jahre 1925 und 1926 nicht überleben. Anhand der Preissteigerungen jener Jahre wird das den Konferenzteilnehmern wirkungsvoll vorgetragen. Der Lohnkostenanteil im Produktionspreis ist von Jahr zu Jahr gesunken infolge der Technisierung der Betriebe. Die Leistungsfähigkeit liege folgedessen etwa 40 Prozent über dem tatsächlichen Bedarf.

Wunderlich besprach dann das gegenseitige Kräfteverhältnis. Das der Unternehmer werde noch durch die verzweifelte Stimmung der Arbeitslosen wesentlich gestärkt. Im weiteren erfolgten dann Hinweise, wie in den diesjährigen Bewegungen operiert werden muß, damit die Rechtsgrundlagen für den Wiederaufstieg gesichert



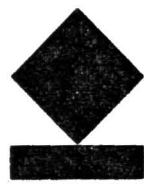
Die große Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches und finanzpolitisches Problem, sondern auch eine dringende Frage der Volksgesundheit. Sie wird aber in der Öffentlichkeit immer nur unter dem Gesichtswinkel der ersten beiden Punkte betrachtet. Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Moses, die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit klar herausgestellt zu haben. Er hat sich an bedeutende Ärzte mit dem Ersuchen gewandt, ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Meinungen über die volksgesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit niederzulegen. Die Materialsammlung ist den Regierungen, Parlamenten usw. zugänglich gemacht worden. Nach Dr. Moses verfolgt die Denkschrift den Zweck, die geschehenden Körperkrisen darauf aufmerksam zu machen, daß jede Entscheidung über die Arbeitslosenfürsorge auch eine Entscheidung über die Gesundheit des Volkes ist. Aus der Denkschrift vorläufig einige kleine Beispiele:

Verschiedene Ärzte merken, daß die Mißstände bei den Kindern, die auf die Arbeitslosigkeit der Eltern zurückzuführen sind, zu schlimmen Befürchtungen Anlaß geben. Diese Mißstände erinnern an die ärztliche Not der Kriegsjahre. Die Ernährung der Kinder ist derart, daß das Auftreten von Stomatitis und anderen Folgeerscheinungen zu befürchten ist. Ein Arzt aus Köln schreibt folgendes: „Die Arbeitslosigkeit frisst an der Gesundheit des Körpers und der Seele der Erwachsenen wie der Kinder. Wenn sie noch lange anhalten wird, bekommen wir eine ungeheuer breite Schicht von derartig krankhaft aufgewachsenen Menschen, leiblich und sittlich aufs schwerste bedroht.“ Bei Säuglingen arbeitsloser Eltern wird als Folge mangelhafter Ernährung eine Verlangsamung der Gewichtszunahme festgestellt. Die chronische Unterernährung bahnt der Tuberkulose den Weg. Ganz besonders unheilvoll wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangere, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen. Bezüglich des Nervenzustandes der Arbeitslosen wird folgendes festgestellt: Arbeitslosigkeit führt bei psychopathisch veranlagten, willensschwachen Menschen nicht selten zu ungewöhnlichem Trinken. Die hoffnungslose Stimmung der Arbeitslosen hat eine Steigerung neurotischer und niederdrückender Wesenszüge zur Folge. Die noch in Arbeit befindlichen wagen es nicht, sich krank zu melden, weil sie den Verlust der Stellung befürchten. Eine deutliche Zunahme gewisser Infektionskrankheiten wird festgestellt. In den deutschen Großstädten hat sich im dritten Vierteljahr 1930 die Sterblichkeit an Diphtherie gegen 1927 mehr als verdreifacht. Die Geschlechtskrankheiten verbreiten sich, weil viele unbeschäftigte junge Mädchen zur notfindenden Hingabe ihres Körpers neigen.

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich mithin zu einer schweren Gefahr für die Volksgesundheit aus. Die Denkschrift spricht eine deutliche Sprache. Sie ist geeignet, aufreißend zu wirken. Wenn dem gegenwärtigen Zustand nicht bald ein Ende bereitet wird, so ist das Schlimmste zu befürchten. Die körperliche, finanzielle und seelische Not erfordert schleunigst lindernde Taten.

Der Stahlhelm, dieser Heimatkriegerbund, der mit den Nazis in der „Deutschland-Erneuerung“ im Wettlauf steht, sammelt Unterschriften zu einem Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages. Er sucht unter der Arbeiter- und Angestelltenchaft in Betrieben sich Unterschriften zu sichern. Von der Sorte Menschen, die nicht alle wird, gibt es leider in den Betrieben noch mehr als genug und darauf stützt sich die Spekulation der Stahlhelmer.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte geben zu den politischen Manövern des Stahlhelms und seines reaktionären Anhangs ihre Unterschrift nicht her, sondern bekämpfen jede unläutere Agitation zur Ergrütterung von Unterschriften. Wer sich mit dem Stahlhelm verbunden fühlt, soll nicht daran behindert werden, seine Unterschrift zu geben. Jeder rechtlich denkende Arbeiter und Angestellte lehnt entschieden ab, das Stahlhelm-„Volksbegehren“ zu unterstützen.



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

bleiben. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden steht im Hinblick auf die fürchterlichen Arbeitslosenzahlen im Vordergrund. Alle Zweiteilbereiche von äußerst links und rechts müssen von vornherein unterbunden werden, sonst werde die Lebenshaltung noch mehr gedrückt, die lachenden Dritten sind die Unternehmer. Nachdem nochmals die taktischen Maßnahmen für kommende Tarifabschlüsse herausgeschält wurden, schloß der Vortrag mit der Ermahnung, die Anweisungen des Vorstandes zu befolgen, damit der Gesamtmitgliedschaft kein Schaden erwachse.

Die dann einsetzende Aussprache, von einer Ausnahme abgesehen, brachte völlige Uebereinstimmung mit den Handlungen und taktischen Maßnahmen der Verbandsleitung und mit den Verbandsleistungen. Die Sonderunterstützungsaktion zum Jahresluß 1930 wurde sehr begrüßt und sogar ein Antrag unterbreitet, diese Unterstützung in nächster Zeit zu wiederholen. Dem wurde jedoch widersprochen, der Antrag wurde aber dennoch dem Vorstande als Material überwiesen. — Die 40-Stundenwoche soll noch mehr wie bisher propagiert werden. — Die Hinauszerrung der Urlaubsgewährung (aus dem abgelaufenen RW), durch die richterlichen Instanzen wurde sehr bedauert und kritisiert. Kritisiert auch das rückgratlose Verhalten von Kollegen in der Steinindustrie und im Straßenbau bei den ausbeuterischen Absichten im Abbau der Unternehmer. — Gewünscht werden mehr Flugblätter vom Verbandsvorstand gegen NSD und Nazis. — Bedauert wurde, daß die Wanderluste vom Verband eingestell wurden, die Fortsetzung wird gewünscht, begrüßt wurde die Beschaffung der Fernauer Schule und die Absicht des Vorstandes, die Agitation durch Lichtbildervorträge zu beleben.

### Die Schuldigen

Über ganz Deutschland geht die Lohnabbauwelle. Die Forderungen der Unternehmer in allen Berufen, einschließl. Steinindustrie und Straßenbau, sind maßlos, kennen keine Grenzen. Ginge es nach ihren Wünschen, würde ein Lohnabbau bis zu 50 Prozent durchgeführt. Sie können es gar nicht eilig genug haben mit der Kündigung von Tarifverträgen und Anmeldung ihrer Wünsche. Die Konjunktur ist günstig für sie, sie wollen die Gelegenheit ausnutzen, ehe es zu spät ist. Solche Wahlen, wie wir sie am 14. September 1930 in Deutschland gehabt haben, dürften sich kaum wiederholen. Das wissen auch die Unternehmer, daher wollen sie die günstige Chance, die ihnen der nationalsozialistische Wahlsieg gebracht hat, nicht unausgenutzt lassen.

Wer bisher noch geglaubt hat, daß Wirtschaft und Politik zwei getrennte Dinge sind, den müssen die Folgen der Wahlen eines anderen belehren. Kaum standen die Wahlergebnisse fest und schon meldeten die Unternehmer ihre Forderungen an. Das politische Schwergewicht hat sich nach rechts verschoben, eine willkommene Gelegenheit für die Unternehmer, ihren schon längst geplanten Feldzug gegen die Löhne zu eröffnen. Es war gewiß kein Zufall, daß die „Schwerindustrie“, „Bergwerks-Zeitung“ eine Woche nach der Wahl schrieb, der Ausfall der Wahl müsse sich auf das Lohnniveau auswirken. Womit mehr oder weniger verständlich ausgesprochen ist, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt da ist, einen Druck auf die Löhne ausüben zu können. Die Arbeiter, die den Nationalsozialisten zu ihrem unverhofften Siege verholfen haben, haben ihre eigene Lebenshaltung beschnitten.

Massenarbeitslosigkeit, Not und Elend waren seit jeher die stärksten Hinderungsgründe für einen erfolgreichen Kampf um die Haltung des erreichten Lohnniveaus. Wenn die Verzweiflung und seelische Zermürbung erst um sich greift, wird der Kampfesmut des einzelnen geschwächt. Aber was der einzelne in solchem Falle nicht halten kann, kann die Organisation immer noch abwehren, wenn sie die Arbeiter hinter sich hat. Auf eine große Arbeitslosigkeit muß daher nicht immer eine Lohnabbauwelle folgen, es müssen noch andere Begleiterscheinungen hinzukommen. Diese sind in dem jetzigen Falle, und daran hilft kein Zweifel und Deuteln, die politischen Wahlen vom 14. September. Sie haben den Unternehmern Mut gemacht, ihre schon längst gehegten Wünsche auf Lohnabbau vorzubringen und durchzusetzen. Bei einem anderen Ausfall der Wahlen dürften sie es kaum gewagt haben, mit solcher Brutalität gegen die Löhne vorzugehen. Die deutsche Arbeiterschaft kann Herrn Hitler die Quittung für die rigorose Kürzung des Lohnniveaus vorlegen.

Kein zeitlich stimmen die Dinge schon überein. Gleich nach den Wahlen gingen die Unternehmer zur Kündigung der Lohnverträge über. In der Zeit vom 14. September bis heute ist fast kein Beruf übergangen worden. Bei den Berliner Metallarbeitern, deren schlechtes Organisationsverhältnis nicht schuldlos daran ist, daß sie den Anfang machten, hat es begonnen. Die Schlichtungsinstanzen, beeinflusst von der nach der Wahl hin und her schwankenden bürgerlichen Reichsregierung, sind den Wünschen der Unternehmer entgegengekommen. Dann folgte Schlag auf Schlag, die einzelnen Unternehmerorganisationen überboten sich

In Lohnpolitischer und tariflicher Hinsicht wurden noch Anregungen gegeben, die sich vollkommen mit der Auffassung des Verbands Vorstandes decken. Auch in berufstechnischer Hinsicht erfolgten einige Anregungen, die bei der Propaganda für Naturstein-Aufträge berücksichtigt werden.

An der Aussprache beteiligten sich, einige davon wiederholt, die Kollegen Kutsche, Groß, Senft, Hassold, Vog, Braun (Rön), Lenz, Lohan, Geiß, Müller (Striegau), Haupt, Siebold, Weidenhammer, Koch, Martens, Pflüger, Schwar, Borna, Linke, Walter, Mahr, Schuster, Schwarz, Borna, Piefke.

Im Schlußwort konnten die Referenten mit Genugtuung die Einmütigkeit der Konferenz feststellen, und soweit die Kritik sich auf die angeblich verspätete Einberufung der Konferenz stützte oder mit den taktischen Maßnahmen des Vorstandes bei Tarifverhandlungen nicht einig ging, war es dem Referenten ein Leichtes, der Kritik ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen. Abschließend umriß Kollege Winder noch einmal die Gesamtlage und gab seiner Genugtuung Ausdruck über die Einmütigkeit zwischen Konferenzteilnehmer und Verbandsleitung. Von Vorlegung einer Entschließung habe der Vorstand Abstand genommen, die Entwicklung gehe augenblicklich zwangsläufig, unsere taktische Haltung werde davon bestimmt, und was wir dabei zu beachten haben, sei bekannt. Die Werbearbeit für die Organisation darf nie erlahmen! Die Erziehung der Mitglieder nach erprobten wirtschaftlichen und politischen, daß heißt nach gewerkschaftlichen, Grundsätzen ist nach wie vor unsere Aufgabe. Nur so find wir auch in Zukunft allen Anforderungen gewachsen. — Damit schloß die anregende Verbandstagung.

förmlich in der Aufstellung ihrer Lohnabbauforderungen. Die Gründe, die sie dafür anführen, daß der Lohn gekürzt werden muß, sind alte Lehnwörter. Irigend etwas Neues, das durch die wirtschaftlichen Tatsachen gerechtfertigt erscheint, bringen sie nicht vor. Zu hohe Gestehungskosten, mangelnde Konkurrenzfähigkeit sind alte Argumente, die man schon in der Vorkriegszeit gehört hat.

Als bestimmender Grund steht hinter dem Lohnabbau der Unternehmer die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse. Es hat sich schon immer erwiesen, daß die Unternehmer politischen Stimmungen und Entscheidungen eine ganz andere Bedeutung beilegen als die Arbeiter. Sie münzen eine schwache politische Situation der Arbeiter sofort in wirtschaftliche Tatsachen zu ihren Gunsten um. Mancher Arbeiter mag vielleicht denken, daß ihm seine Begeisterung für Hitler wirtschaftlich nicht schaden kann. Der Unternehmer aber weiß, daß er Vorteil daraus ziehen kann, und er tut es. Insofern sind die finanziellen Zuwendungen der Unternehmer an die Nationalsozialistische Partei nicht ohne Gegenleistung geblieben. Was man der Hitler-Partei jahrelang zugestiftet hat, das schlägt man jetzt auf dem Wege des Lohnabbaues heraus.

Die Eile der Unternehmer bei dem Lohnabbau zeigt auch wieder ihre nüchterne Berechnung. Die Nazis träumen von 200 Mandaten, die sie bei der nächsten Wahl erringen werden. Die Unternehmer indes wissen ganz gut, daß diese politische Seifenblase bis dahin geplatzt ist und die Aussichten für einen weiteren Lohnabbau damit geschwunden sind. Auch wird sich allmählich die Wirtschaftslage bessern, und damit verringert sich sowieso der Mandatsbestand der Nazis.

Die politisch-kindliche Handlung der Nazis im Reichstag am 9. Februar wird manchem doch die Augen öffnen, der vordem „Heil Hitler!“ gerufen hat. Denn wie ungezogene Schulbuben oder NSD-Schügen, denen die Rute droht, so zogen diese „Politiker“ ab, dem Hohngelächter im In- und Auslande preisgegeben.

Mit der Schwächung der Hitler-Partei aber wendet sich das Blatt zugunsten der Arbeiter. Die politische Macht der Arbeiter stärkt sich wieder. Anstatt Lohnabbau kommt dann der Lohnaufbau. Solche Ermüdungen, die wirtschaftlichen Bepfehlungen entspringen, treiben die Unternehmer zu der Eile an, jetzt so schnell wie möglich den Lohnabbau unter Dach und Fach zu bringen.

Die Arbeiter sollten sich künftig bei der Wahl überlegen, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Es ist kurzfristig, aus Verzerrung oder weil man einer anderen Partei eins ausweisen will, dem Feind des Proletariats zur Macht zu verhelfen. Wohin das führt, zeigt neben dem Lohnabbau auch die katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Zeit von 2,7 Millionen auf nahezu 5 Millionen gestiegen. Auch diese Steigerung ist zum wesentlichen Teil auf den Ausgang der Wahlen zurückzuführen. Auslandsgelder wurden zurückgezogen, Kredite nicht gewährt und eigenes Geld flüchtete nach dem Auslande. Das brachte die Katastrophe, die die Unternehmer jetzt ausnützen. Man lache daher nicht die Schuld bei den Führern, sondern jeder lehre selbst einmal in sich, was er getan hat, die Katastrophe abzuwenden. Der Stimmzettel besitzt heute eine große Macht, das möge jeder sich überlegen.

### Zur Geschichte des Bürgersteiges

Im „Vorwärts“ veröffentlichte vor einigen Monaten E. C. Keimer das folgende interessante Studie, die schon in beruflicher Hinsicht lesenswert ist:

Wenn es auch schon im alten Rom, in Pompeji usw. besondere Wege für Fußgänger gegeben hat und in mittelalterlichen Städten in der Mitte der Straße Gehwege vorhanden waren, die den Bürger davor bewahren sollten, im Morast stecken zu bleiben, so begann man doch erst vor 100 Jahren mit der Errichtung von Bürgersteigen in ihrer heutigen Gestalt. 1830 wurden in Paris an den Häusern entlang die ersten Trottoirs (Gehbahnen) mit glatter Pflasterung und Bordsteinen angelegt, die eine strenge Trennung zwischen Fahrverkehr und Fußgängerverkehr herstellen und den Wagen das Hinauffahren unmöglich machten.

In Deutschland hatte man nach den Freiheitskriegen in großen Städten damit angefangen, eine Art von abgegrenzten Bürgersteigen zu schaffen, die mit runden, spitzen Steinen gepflastert waren. Da das Betreten geradezu Balancierkunststücke verlangte und gleichzeitig eine Tortur bedeutete, wurden diese Gehwege von zarter besaiteten Fußgängern meist ängstlich gemieden. Die Pariser Neuerung fand auch in Berlin noch im Jahre 1890 Eingang, auf die Initiative Friedrich Wilhelms III. hin traten an die Stelle der bösen Kopfsteine große Granitplatten. Zum nicht geringen Ärger der Hausbesitzer, die zur Unterhaltung der Bürgersteige gesetzlich verpflichtet waren. In Anbetracht der hohen Kosten setzten sie der Durchführung der neuen Verordnung im Anfang den heftigsten Widerstand entgegen; daher versuchte der Magistrat, ihnen die bittere Pille zu verflücken, indem er die Namen derjenigen, die das neue Pflaster hatten legen lassen, in den Zeitungen veröffentlichte. Aber das half nur wenig, denn viele Hauseigentümer waren einfach nicht in der Lage, die Kosten für das Granitplattenpflaster aufzubringen. Deshalb beschloß der Magistrat, ihnen die Unterhaltungspflicht zu erleichtern, sie nur noch mit einem Drittel der Kosten zu belasten und die beiden anderen Drittel durch eine neue Steuer (Hundesteuer) aufzubringen. Nachdem man 10 Jahre hindurch die Bürgersteige mit Steinplatten belegt hatte, ging man dazu über, sie zu asphaltieren, es dauerte jedoch lange Zeit, bis sich das neuartige Pflaster durchsetzte.

Vor Einführung der Bürgersteige befanden sich selbst in großen Städten die Straßen in einem fürchterlichen Zustande und nur bei trockenem Wetter war es den Fußgängern möglich, ohne arge Beschmutzung ihrer Kleider durchzukommen. Abgesehen davon, daß man eine reguläre Bepflasterung nicht kannte, konnte von einer Straßenreinigung noch nicht die Rede sein. Jeder schüttelte, was er nicht gebrauchte, einfach auf die Straße, die ein Sammelplatz von allerlei Unrat war. Eine Kanalisation gab es natürlich noch nicht und die Rinnsteine, soweit sie überhaupt vorhanden waren, strömten entsetzliche Gerüche aus, was häufig zu Epidemien Veranlassung gab. Vor jedem Hause erhob sich ein mehr oder weniger stichtlicher Düngerhaufen, der Lieblingsaufenthalt der Hühner und

Schweine, die ungestört darin herumwühlen konnten; wie sich denn überhaupt zu jener Zeit das Vieh mit Vorliebe in den Straßen aufhielt, die bei Regenwetter für Fußgänger schlechterdings unpassierbar waren und Sumpfen glichen.

Die erste Stadt, welche Versuche zur Besserung dieser unhaltbaren Zustände unternahm, war Prag, wie finden hier schon im 14. Jahrhundert bescheidene Anfänge eines Straßenpflasters. In Paris bemühte sich die Obrigkeit ebenfalls frühzeitig, Wandel zu schaffen, man verbot unter Androhung von Strafen die Verunreinigung der Straßen durch Ausschütten von Unrat. König Johann II. (1319—1364) griff persönlich ein, er befahl die Reinigung und Pflasterung der Hauptstraßen seiner Residenz und beauftragte die Gerichtsdienere, jedes Schwein, welches sich auf einem öffentlichen Wege herumtrieb, ohne weiteres zu töten. Den Körper erhielten die Spitäler, den Kopf die Gerichtsdienere als Lohn für ihre Bemühungen. Aber weder der Erlaß König Johanns, noch andere, die ihm in großer Zahl folgten, führten eine wesentliche Besserung der Verhältnisse herbei; erst nach einer furchtbaren Pestepidemie entschloß sich der Magistrat, energisch durchzugreifen und die Verunreinigung der Straßen unter schwere Strafe zu stellen. Gleichzeitig fing man an, die Hauptstraßen auf Kosten der Anwohner mit großen Steinplatten pflastern zu lassen. Damit war schon manches gebessert und im Ausland sprach man voll Bewunderung von diesem unerhörten Fortschritt. In Wirklichkeit aber ließen die Verhältnisse noch recht viel zu wünschen übrig, denn mitten in den Straßen flossen die Rinnsteine, die bei warmer Witterung entsetzliche Gerüche verbreiteten und die Luft verpesteten. So blieb es bis nach der Revolution von 1789—1795 und erst im 19. Jahrhundert trat ein völliger Umschwung ein.

Im Deutschen Reich herrschten während des Mittelalters auf den Straßen ähnliche Zustände wie in Frankreich. In Nürnberg begann man 1365 einige wenige Straßen, die Sumpfen glichen und zu Fuß kaum noch passierbar waren mit einem primitiven Pflaster zu versehen. Diesem Vorbilde folgte Regensburg und einige Jahre später Augsburg, wo unter Kaiser Sigismund, der der Stadt die Erhebung eines sogenannten Pflasterzolles bewilligte, die Hauptstraßen ihr erstes Pflaster erhielten, nachdem man sich bis dahin mit einigen hölzernen Uebergängen und Sandbämmen neben den Häusern beholfen hatte. Um 1370 führte Breslau in bescheidenem Umfang die Pflasterung der Straßen ein. Da die Gelder für die Herstellung des Pflasters manchmal fehlten, half man sich auf alle mögliche Weise, so zwang in Dresden der Magistrat die Bauern, welche das ihnen zukommende Freiholz abholten, auf ihren Wagen jedesmal eine Fuhrre Steine mitzubringen. — 1561 begann man in Köln mit der Pflasterung der Straßen, und zwar wurde zunächst der Platz beim Rathaus mit Steinplatten belegt. Erst viel später ging Berlin daran, seinen Straßen ein würdevolleres Aussehen zu verleihen; noch im Jahre 1624 bemühte sich Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg vergebens, eine Reinigung der Straßen durchzusetzen. In seinem Antwortschreiben wies der Magistrat darauf hin, daß die Bürger ständig mit Feldarbeiten außerhalb der Stadt beschäftigt und nicht in der Lage

seien, die Straßen zu säubern. Unter dem Großen Kurfürsten wurde etwas energischer durchgegriffen, man erließ eine Verfügung, auf Grund deren die zum Markt nach Berlin kommenden Bauern auf der Heimfahrt den Straßenschmutz mitnehmen und vor den Toren abladen mußten. Allmählich trat eine Besserung ein und schließlich ging man dazu über, nach dem Vorbilde anderer Städte die Straßen mit einem Pflaster zu versehen.

### Schriftsteller und Masse

Ein Franzose, Sainte-Beuve, brachte für die Arbeit eines geistig schaffenden, schreibenden Menschen einmal ein recht anschauliches Bild. Er verglich dieses Schaffen mit Umengen Goldtaubs, die in Kuschalen verpackt sind und der Strömung dann überlassen werden.

Jedes ernste Blatt, das der Mensch in sein Haus bekommt, ist solcher Kuschale gleich. Es enthält Werte. In Stunden geistiger Spannung geworden. Zur Spannungserzeugung der Leser des Blattes bestimmt. Es enthält also etwas Anregendes, Förderndes für einen jeden. Und darum müßte jeder es aufnehmen, sich bereichern. Aber es ist schon so: viele Kuschalen, mit Gut beladen, werden von der Strömung hinweggetragen — ins Nichts.

Das Blatt deiner Gesinnung will in Ernst und Würde behandelt sein. Es ist eine Mißachtung geistigen Schaffens, wenn das Blatt nicht in allen seinen Teilen beachtet wird. Es ist nicht nur zum Schaden des einzelnen und zum Nachteil der Bewegung, sondern auch der Schaffende, der da schreibt, erhält immer neue Energien durch das Bewußtsein des Dienens seiner Arbeit am großen Werke.

Es ist so wie in der Kunst des Theaters. Es ist ein Märchen, sagt Max Reinhardt, daß der Spieler der Zuschauer je vergessen könnte. Die Masse ist erlebend und erlebnisgebend, nehmend und selbst schöpferisch.

Dieses Wunderbare des Ergriffenseins des einen durch den anderen, wie es ja auch bei einer packenden Rede vorhanden ist, das ist natürlich in solcher Weise nicht vorhanden zwischen dem Schreibenden und dem Lesenden. Aber dennoch ist da im Unbewußten des Schaffenden ein schöpferischer Bedeutung des Verstandes, das Bewußtsein des Suchens durch Menschen, des Dienens dadurch, daß das Wort nicht umsonst geschrieben wird.

So wie Goethe am leichtesten zum Reden zu bringen war, wenn er wußte, daß man mit ihm lüßte, so strömt das geschriebene Wort um so freudiger und um so erregter aus dem Inneren, je mehr man bei denen, für die es bestimmt ist, nach ihm sucht.

Das Blatt deiner Gesinnung, deines Ringens und deines Glaubens gleicht der Bühne, die da bindet und zum Erlebnis etwas gestalten soll. Und darum muß die Achtung auch vor dem Verbandsblatt wachsen, sich vertiefen und verinnerlichen. Es muß mehr als bisher, aus dem Geiste geboren, zur Befreiung auch des Geistes dienlich sein — durch dich.



# Aus dem Verband für den Verband

Was irgend gehen will und waffen.  
Muh in der Welt zusammenhalten

Willst du dich am Ganzen erquicken / So  
mußt du das Ganze im Kleinien erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

## Wo bleibt der zweite Mann?

Du bist schon Mitglied des Verbandes,  
Du weißt, weshalb du Mitglied bist,  
Jedoch manch anderer deines Standes  
Weiß nicht, weshalb er es nicht ist.

Du weißt, daß deine Interessen  
Nur dein Verband am besten wahr.  
Der andre hat's noch nicht ermessent,  
Vielleicht, weil er den Beitrag spart.

Den nimm aufs Korn, und zwar noch heute.  
Erkläre ihm, was der Verband  
Für ihn, sein Weib und Kind bedeute  
Und was er schulde seinem Stand.

Dein Ehrgeiz sei, in diesem Jahre  
Zu warben einen zweiten Mann.  
Beweise ihm durch Kommentare,  
Wie der Verband ihm nützen kann.

Entkräfte seine Argumente  
Mit Logik, die nicht unterliegt.  
Zerstreu, was ihn von uns trennt,  
Bis endlich seine Einsicht siegt.

Erlahme nicht bei diesem Werke,  
Bis sich zu dir, dem ersten Mann,  
Gesell des zweiten Mannes Stärke,  
Die mit dir doppelt wirken kann.

Wirkt du, Kollege, solcherweise,  
Dann wirkt dein Werk wie jene Kraft,  
Die auf dem Wasser viele Kreise  
Aus einem Kreis durch Steinwurf schafft.

Dann wird der Jahresschluß ergeben:  
Dein Hort, dein Anwalt, dein Verband  
Ersteht dank deinem Werbestreben  
Als doppelt mächtiger Gigant.

Victor Kalinowski.

## Die Arbeitslosigkeit im Verbands Ende Januar 1931

An der Zählung beteiligten sich 703 Zahlstellen mit 53 697 Mitgliedern. 78 Zahlstellen mit 5416 Mitgliedern haben nicht berichtet.

In den berichtenden Zahlstellen waren 41 146 arbeitslose Kollegen vorhanden, das sind 76,6 Prozent der von der Zählung erfaßten Kollegen.

Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 71,5 Prozent. Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	Davon arbeitslos in Zahlen	v. %	im Vormonat v. %
Steinarbeiter	37 474	27 534	73,5	69,5
Steinseher	16 223	13 612	83,9	76,8

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilte sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt		Steinarbeiter		Steinseher	
	Jan. v. %	Dez. v. %	Jan. v. %	Dez. v. %	Jan. v. %	Dez. v. %
Ostpreußen	90,5	86,5	76,4	66,3	94,1	89,1
Pommern	90,1	90,5	81,5	79,2	92,9	93,6
Brandenburg	84,3	72,3	69,8	64,2	90,4	76,1
Sachsen	82,7	71,2	78,5	67,7	96,6	88,5
Mitteldeutschland	81,9	73,1	81,4	71,9	82,5	74,7
Westfalen	81,8	82,7	79,8	83,8	82,9	80,9
Rheinland	80,9	80,8	79,8	81,2	85,8	79,4
Südwestdeutschland	79,6	74,3	80,1	74,4	65,7	72,0
Hessen	76,9	72,1	73,4	84,2	88,7	83,2
Niederrhein	74,5	62,6	67,0	48,7	83,5	76,8
Sachsen	73,6	76,5	73,0	76,6	79,8	75,4
Bayern	65,7	68,8	64,4	61,7	71,3	72,9
Nordmark	58,7	48,2	48,9	37,3	62,2	51,8
Reichsgebiet Ende Jan 1931	76,6	71,5	73,5	69,5	83,9	76,8
1930	58,4	58,3				
1929	58,7	45,3				
1928	20,5	32,0				

Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit entspricht trotz der günstigen Witterung dem Stande der starken Frostperiode Februar 1929 (76,7).

**Steglich.** In einer von Gemeinheit strotzenden Notiz versucht die schlesische sogenannte Arbeiterzeitung Nr. 32 die doppelte Blamage des RGD-Vertreters zu verdecken zu können. (Siehe Artikel „RGD und praktische Arbeitervertretung“ in Nr. 5 des „Steinarbeiter“ vom 31. 1. 1931.) Nur um diese Absicht der Lügenmäuler zu machen, sei ausnahmsweise diesem Lügenblatt genantwörtet, wobei ich auf die Idiotie bzgl. Verzerrung meines Familiennamens nicht eingehe, um die Schmierfinken auf der Gewissensspur nicht um ihr böses Vergnügen zu bringen.

Die wirklichen Tatsachen sind aber, daß die RGD-Vertreter beide Klagen in Sachen Alex und Genossen sowohl schriftlich, als auch mündlich im Sinne der Beklagten, nicht aber der Kläger begründeten. Letzteres sogar dann noch, als ich, um Dummheiten der Schreibhülse hintanzuhalten, diesen zuvorkommend die einzig erfolgversprechende Begründung gegeben hatte. Der RGD-Vertreter blieb sogar bei der falschen Begründung, nachdem ihm der Gerichtsvorsteher gesagt hatte, daß er kein Recht zur Klage habe, wenn keine Angaben richtig sind. Selbst diesen Zaunpfahlwink konnte das Phrasenhirn nicht fassen, wogegen seine Mandanten längst begriffen hatten, daß ihr Interesse nur durch die von mir gegebene Begründung zu wahren versucht werden konnte. Nach der Beendigung des Termins hielt ich dem RGD-Vertreter seine Unkenntnis und Tölpelhaftigkeit vor und erlief hierbei, daß die eigentlichen Kläger gleichfalls die geistige Armut ihres Schreibhalses erkannt hatten.

Daß das verlastete Flußbauamt trotz des dummen Verhaltens dieses „Arbeitervertreters“ noch einen Vergleich einging, war wirklich nicht dem RGD-Vertreter zu verdanken. In meiner über 25jährigen gewerkschaftlichen Tätigkeit ist mir noch kein solch ungeeigneter und tölpelhafter Arbeitervertreter bekanntgeworden. Zu bedauern sind vor allem die irreführenden Arbeiter, die ihre Rechte durch die RGD wahrnehmen lassen wollen.

Im weiteren wird man mir vor, daß ich mich durch Raubrudeln von dem Vertreter des besagten Flußbauamtes verabschiedet hätte. Allerdings habe ich nach beendeter Rücksprache wie ein anständiger Arbeiter von ihm Abschied genommen, daß solches den Kapedisten auffallend erscheint, kennzeichnet nur den geistigen und fittlichen Tiefstand dieser berufsmäßigen Lügenhelfer. Die Vertreter der Gewerkschaften haben es nicht nötig, sich wie ein begoffener Pudel davonzuschleichen, wie es der RGD-Vertreter tat, um seine Dummheit nicht noch eklatanter beweisen zu bekommen.

Wollen die wie klaffende Hunde sich benehmenden Kapedisten Würdelosigkeit vor den Unternehmern kennen lernen, dann rate ich ihnen, ihren Strategen Schmidt in Strehlen zu befragen, der, vor dem Arbeitgeber auf den Knien liegend und heulend um Wiedereinstellung bettelte und, nachdem auch dies nichts nützte, um meine Hilfe bat. Diese Heulliese ist heute noch tonangebend bei der Firma Rpd. & Verleumdung.

Soll ich mehr solche Ritter von traurigster Gestalt nennen und deren schändliches Treiben als Denunzianten, Arbeiterschänder und Tagediebe zeichnen?

Doch, man kennt euch ja, ihr Zutreiber der Nazi und Gelben, ich will deshalb mit einem Zitat aus „Göh von Berli Chingen“ schließen.

**Bauenburg.** Unsere Jahresversammlung fand am 18. Januar statt, 28 Kollegen waren erschienen, einem Kollegen mußte aus besonderen Gründen das Stimmrecht verweigert werden. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer, Kollege K r o p p, die Abrechnung vom 4. Quartal, es verbleibt ein Kassenbestand von 247,37 Mark. Der Kollege S c h u l z beantragte, 5 Bfg. von jeder Marke herunterzusetzen. Dieser Antrag konnte betreffs der kommenden Lohnkämpfe nicht berücksichtigt werden! Dem Jahresbericht des Kollegen J. J a s u l k e folgte man aufmerksam. Es ist mehreren Kollegen gute Hilfe zuteil geworden. Der Tod blieb unserer Filiale im Jahre 1930 fern, sogar unser vor kurzem schwerverleibter Kollege F r i z A u g u s t i n war erschienen, alle beglückwünschten ihn, den man tot geglaubt hatte! Die Neuwahl zeigte Veränderungen. Zum ersten Vorsitzenden wurden gewählt Kollege Walter Schulz, zum zweiten Kollege E. J a s u l k e, zum Kassierer Kollege K r o p p, zum Schriftführer Kollege E b e r t, Revisoren die Kollegen Willi Nagel und Paul J a s u l k e. Der Bezirksleiter, Kollege C z a j a, beantragte, noch einen Delegierten zur Lohnverhandlung zu entsenden; dem wurde zugestimmt, der Kollege Rudolf Siebelmann wurde hierzu gewählt. Der neue Vorstand dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, dem Verhalten des alten Vorstandes nachzueifern. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Dresden.** Generalversammlung der Steinseher am 24. Januar. Auf der Tagesordnung stehen drei Punkte. Kollege L a n g e r gibt den Geschäftsbericht vom Halbjahr; stattgefunden haben 4 Schlichtungs-, 6 Vorstand-, 2 Arbeitsgerichtsungen. Die übrigen Wirtschaftsverhältnisse wurden vom Kollegen Langer nicht gewürdigt. Kein Wort von den Angriffen der Unternehmer und dem Lohnabbau sowie den Diktaturmaßnahmen der Brüning-Regierung, sowie auch den Nazis, die jeden Tag in den Straßen der deutschen Republik wehrlose Arbeiter niederknallen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege R i t t h o f gewählt, 2. Vorsitzender wurde Kollege Otto L a n g e r, Kassierer Kollege R i c h a r d S a a l b a c h, Schriftführer Kollege A. R i p p e n d o r f. Zur Lohnkommission gehören Kollege K r i p p e n d o r f, Hummel, Senfner und Oswald Lust; als Kartelldelegierter fungiert der 2. Vorsitzende. In die Schlichtungsgerichtskommission Kollege Langer, Hummel und Eckhardt. Als Revisoren amtierten Kollege Martin Wünsche und Erich Müller, als Beisitzer zum Vorstand die Kollegen Hummel und Paul Friedrich, als Jugendleiter Kollege Seebald, zum Sachauschuß des Arbeitsamts die Kollegen Timm, Klöner und Oswald Lust. Auf Grund des guten Kassenberichts wird Kollege Saalbach Entlastung erteilt. Der Unterkassierer Kurt Lust hatte sich eine Verletzung zuzuschreiben lassen, hierüber entspann sich eine längere Aussprache. Die Angelegenheit wurde dem neugewählten Vorstand zur Erledigung übertragen. Den Bericht von der Landeskonferenz Leipzig erfaßte Kollege K r i p p e n d o r f. Die Versammlung war mit der Haltung der Delegierten und Beschluß in Leipzig einverstanden. Unter „Gewerkschaftliches“ lag eine Entschlüsselung gegen die Regierung und Faschismus vor. Als Delegierter zum Antifaschistentag in Dresden am 24. und 25. Januar wurde Kollege Heintz bestimmt. Die Versammlung war von 92 Kollegen besucht. (Red. Bericht war auf zwei Seiten beschrieben. Zweite Seite deshalb gestrichen. Bitte nächstes Mal Stempel nicht vergessen.)

**Mainz.** Am 18. Januar fand im „Goldenen Pflug“ eine gut besuchte Vollversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den 1. Vorsitzenden Koll. G r o d e, in dem hervorgehoben wurde, daß dem Arrienjahr hoffentlich ein besseres folge, ergab der Kassenbericht, daß Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen. Die Versammlung dankte dem Kassierer K o r n für seine gewissenhafte Kassenführung und erteilte dem Vorstand Entlastung. In der Aussprache bezeichnete Kollege M e i n e d die Rubrik Arbeiter-Wohlfahrt als einseitig und beantragte, daß der gleiche Betrag in Höhe von 20 Mark, der zu Weihnachten an die bedürftigsten Kollegen verteilt wurde, auch für die „Rote Hilfe“ bereitgestellt werden solle. Der Antrag wurde abgelehnt. Mit Ausnahme des Kollegen Wenzel, der als 2. Vorsitzender gewählt wurde, verblieb der Vorstand in seiner bisherigen Funktion. In Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege G r o d e einen kurzen Bericht über die zeitlichen Lohnfragen, über den eine rege Debatte einsetzte. S o h m a n n verliest Schreiben der Gauleitung, die Richtlinien zeigen, wie sich die Kollegen bei Arbeitsverweigerung infolge Lohnabbau zu verhalten haben. Beschlössen wurde, unter keinen Umständen die Arbeit zu den ausgeprochenen Lohnführungen aufzunehmen. Ein weitergehender Antrag Weiß betreffs Unterstützungsbeitrag soll der Gauleitung und dem Hauptvorstand unterbreitet werden. Zum Schluß fanden kleinere Anfragen ihre Erledigung.

**Weihenstadt.** Am 24. Januar fand im Volkshaus unsere Jahresversammlung statt. Tagesordnung vier Punkte. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, rügte der Vorsitzende den schlechten Besuch und betonte, daß viele Kollegen nur zur Versammlung erschienen, wenn etwas in der Luft liegt. In seinem Bericht besprach er das verflissene Jahr, das für die Kollegen sowie für die gesamte Arbeiterchaft kein rosiges gewesen ist. Uns hat es einen 10prozentigen Lohnabbau gebracht. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß wir im 2. Quartal ein kleines Defizit zu verzeichnen hatten. Die Wahl der Verwaltung ergab keine Veränderung. Ein Zeichen, daß sie für die Zahlstelle zurückerstellend gearbeitet hat. 14 Mitglieder wurden gewonnen. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhaft Debatte betreffs Entlastung der Betriebsräte in der Firma Graßma Die Betriebsleitung hat ihre Prophezeiung vom Sommer wahr gemacht: „Euch Betriebsräte kann man schon mal haben!“ Hier fehlt es an der Geschlossenheit der Kollegen. Wo bleibt der Rückhalt der noch arbeitenden Belegschaft gegenüber ihren entlassenen Betriebsräten? Sollen die wenigen Rechte, die wir noch besitzen, durch solche Schlappheit noch hinweggerafft werden? Den noch arbeitenden Kollegen rufen wir zu: Redt euch auf und verlangt euren Betriebsrat zurück, denn ohne ihn wollen wir nicht arbeiten!

**Zeit.** Die Zahlstelle hatte am 25. Januar ihre Jahresgeneralversammlung. Der Jahresbericht wurde vom 1. Vorsitzenden Nikolaus B e i t erfaßt, wegen Erkrankung des Kassierers auch der Kassenbericht. Der Bericht zeigte, daß auch unsere Zahlstelle schwer unter der Wirtschaftskrise zu leiden hat. Sind doch sämtliche Kollegen arbeitslos. Daher wurden verschiedene Kollegen auch mit Weihnachtsunterstützungen bedacht. Die Neuwahl ergab Wiederwahl des Vorsitzenden und des Kassierers. Schriftführer wurde Joseph Dreßinger, Revisoren Georg Popp und Andreas Bayer, Tarifkommission Karl Eisentritt und Georg Popp. Einstimmig angenommen wurde der Vorschlag des 1. Vorsitzenden B e i t, im Sommer eine Autofahrt nach den Basaltwerken Maroldsweisach zu unternehmen. Nachdem noch verschiedene wichtige Punkte sachlich besprochen wurden, konnte der 1. Vorsitzende mit einem Appell an die Kollegen, auch im Jahre 1931 kräftig mitzuarbeiten im Interesse des Verbandes, die harmonisch verlaufene Versammlung schließen.

**Kamenz.** Die Jahres-Bezirkskonferenz am 25. Januar im „Löwen“ in Kamenz war vom Bezirksleiter einberufen und wurde vom Vorsitzenden, Kollegen S c h m i d t, geleitet. Anschließend an die Begrüßungsworte wies der Vorsitzende darauf hin, daß der Nationalsozialismus in den Betrieben und Gewerkschaften bestrebt ist, jellenbildend, d. h. zerstörend zu wirken. Dem ist unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Kassenbericht ergibt eine Einnahme von 1723,50 Mark, Ausgabe 1911,20 Mark, Bestand 3094,37 Mark. Der Jahresbericht des Bezirksleiters liegt schriftlich vor und wurde durch Ausführungen ergänzt. In den stillgelegten Betrieben wurden nach Wiedereröffnung weniger Kollegen beschäftigt, was auf die größere Leistungsfähigkeit durch Einführung der Preßluft-hämmer zurückzuführen ist. Der Anspruch und die Erwartung, die an die Preßluftämmer gestellt wurden, erfüllten sich jedoch nicht. Selbst ein Lohnausgleichsabzug für die Ingebrauchnahme der Preßluft-hämmer bis zu 22 Prozent deckt nicht die Gefestigungs- und Unterhaltungskosten (Verschleiß der Ersatzteile, Strom, hohe Anforderung an die Preßluftanlage). Es kommt vor, daß Preßluft-hämmer ungenützt liegen bleiben. Anders scheint es sich zu verhalten, wo Preßluft zu Bohrarbeiten angewendet wird. Hier scheint man Ersparnisse aufweisen zu können. Den Kollegen wurde bei jeder Gelegenheit gesagt, daß sie im Erwerbslosenfalle ihre Rechte verlieren, wenn sie ihre Mitgliedschaft nicht durch Leistung der Erwerbslosenbeiträge aufrechterhalten. Die vom Verbandsvorstand an lange Erwerbslose gewährte Sonderunterstützung wirkte in dieser Beziehung sehr fördernd. Der Bezirksleiter war 91 Tage in Kamenz, 68 Tage in Häslich, 52 Tage in Königsbrunn und 18 Tage in Rindisch bzw. in den zu diesen Zahlstellen gehörenden Betrieben tätig, um Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten zu regeln oder Entlassungen zu verhindern und Agitation zu treiben. Er nahm weiter teil an 32 Steinarbeiterversammlungen, 17 Funktionär-sitzungen, 12 Betriebsratsungen und 11 Sitzungen des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften. In 24 Tagen wurden Klagen am Arbeitsgericht verhandelt, an 40 Tagen waren Vertretungen am Arbeitsamt, 27 Tage waren auswärtige Verhandlungen über Tarif, am Amts- und Arbeitsgericht sowie Oberverwaltungsamt Dresden. Bei den Arbeitsgerichten wurden 30 Klagen mit 117 beteiligten Kollegen eingereicht und vertreten. Diese verteilen sich in 19 Lohnklagen, 3 Klagen wegen Ferien, 5 Klagen aus § 84, 39 und 96 RGG, 2 Klagen aus § 823 BGB, 1 Klage aus WVG, 3 Klagen waren ohne Erfolg. Die Lohnklagen erbrachten 2287,38 Mark. Vor den Spruchauschüssen der Arbeitsämter wurden 220 Kollegen vertreten, die die Unterstützung nach der Sonderregelung erhalten sollten. Die Kollegen stammten aus Schmarzfolm, Dürbing und Oßling und erhielten je nach der Lohnklasse 32 bis 45 Mark nachgezahlt und dann je Woche ihre richtige Unterstützung. Der Betrag, der den Kollegen bei den Arbeitsämtern erstritten wurde, dürfte 15 000 Mark übersteigen. Wenn nichts zu überzeugen vermag, so sollte doch dies angeführte Zahlenmaterial die Augen öffnen und den Wert der Organisation und die sachliche Vertretung bei Streitigkeiten klarmachen. Die Tätigkeit unseres Bezirksleiters wurde auch lobend anerkannt, denn die mündlichen und schriftlichen Ausführungen sind klar, sachlich, ungekünstelt und zeugen von praktischer Arbeit. Die Wiederwahl des Bezirksleiters, die alle zwei Jahre erfolgt (§ 9 Ziff. 4 Abs. 2 des Statuts) erfolgte einstimmig. Auch der Bezirksvorstand wurde auf Antrag einstimmig wiedergewählt mit dem Zusatz, daß ein weiterer Kollege der Zahlstelle Pulsnitz als Revisor fungieren sollte. Der Bezirksleiter machte noch Ausführungen über Submissionsblüten und Unternehmergewinn aus der Gegenwart. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß die Bezahlung der Pfastersteine nach Stück (die wir im Vorjahr nicht durchzubringen vermochten) als das geeignetste angesehen wird, denn beim Beladen der Wagen oder Autos wird drauflos geladen und dann liegen die Steine in ansehnlichen Mengen als Uebergewicht am Bahnhof und die Kollegen sind um Arbeitsleistung und Verdienst betrogen. Auch die Angelegenheit der Bundeschule in Bernau wird besprochen und bemängelt, daß der Verbandsvorstand den vorgelegenen, aber nicht in Frage kommenden Kollegen keinerlei Mitteilung hat zukommen lassen. Es wurden noch mancherlei Ausführungen gemacht, die größtenteils betrieblichen Charakter hatten. Es wird nicht unbeachtet gelassen, daß die Arbeit der Funktionäre sich außerordentlich erhöht hat, dieses aber wird zum größten Teil nicht anerkannt und gewürdigt. Deswegen muß die Tätigkeit und Information derer Kollegen als Vertreter der Arbeiterchaft unbedingt weitergepflegt werden. Unser Bezirksleiter ist nicht nur in den angeführten Punkten theoretisch und praktisch tätig, sondern wird weit über diesen Rahmen hinaus im Interesse weiterer Kreise (auf politischem Gebiet) sehr in Anspruch genommen, so daß wir eine Ueberlastung befürchten. Aber gerade dadurch wirkt er so recht als gutes Vorbild. Es kann an dieser Stelle nur der Wunsch ausgesprochen werden, daß sich alle noch Arbeitsstehenden seinen Rat und seine Hilfe sichern, indem sie ihren Eintritt im Zentralverband der Steinarbeiter vollziehen.

**Landesberg (Wartze).** Generalversammlung. Der erste Vorsitzende ermahnte die Kollegen, in der jetzigen Not zusammenschließen und treu zur Organisation zu halten. Am Ort sind wir nicht stehen geblieben, sondern haben durch unsere rege Arbeit an Mitgliedern zugenommen. Dem Zahlstellenvorstand wurde wegen seiner unermüdbaren Arbeit Dank ausgesprochen und einstimmig wiedergewählt. Gauleiter T a e g e hielt einen gehaltvollen Vortrag über das Tarifwesen im Verband, der von den Kollegen zustimmend aufgenommen wurde.

**Senftenberg.** In Nr. 5 des „Steinarbeiter“ hat sich die Zahlstelle Grünberg i. Schl. gegen Senftenberg gemeldet. Aber was hat denn nun Senftenberg in Nr. 2 des „Steinarbeiter“ geschrieben? Es schrieb nur, daß sich alle Kollegen, die hier arbeiten wollen, auch wenn sie der Meister anfordert, beim Vorsitzenden melden sollen, der wird den Kollegen dann sagen, was los ist. Besonders der zweite Absatz hat in Grünberg verschluckt. Mit Unrecht! Wenn zum Beispiel ein Kollege von Senftenberg in Grünberg arbeitet und dort im Einwohnermeldeamt gemeldet ist, dann ist er dort anständig. Wenn nun dieser Kollege seine Beitragsmarken von Senftenberg bezieht, was würde darüber wohl in der Zahlstelle Grünberg gesagt werden? In Senftenberg sind von Zahlstelle Grünberg zwei Jugendliche gemeldet, die polizeilich schon jahrelang gemeldet sind, aber jahrelang ihre Marken von Grünberg beziehen, obwohl sie hier alle Rechte haben wie die hiesigen Kollegen. Wir hatten trotzdem nichts dagegen. Da nun aber im Vorjahre etliche Kollegen von Reinberg sich hier polizeilich angemeldet haben, aber nicht unserer Zahlstelle anschlossen, haben wir uns gezwungen, in Nr. 2 so zu schreiben, darüber haben sich die Kollegen von Grünberg aufgeregt, gemeint waren sie aber nicht. Das Arbeitsamt läßt nur Arbeiter aus dem engeren Kreis zu, das stimmt! Deshalb haben sich die Kollegen hier polizeilich gemeldet, damit sie hier arbeiten können; sie gelten als Senftenberger, leben aber ihre Marken an anderen Orten. So geht das nicht. Im Ortskartell des ADGB heißt es dann, wir sind schlapp, denn soundso viel Steinseher sind in Senftenberg, in der Organisation sind aber nur soundso viel gemeldet. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Steinseher aus Finsterwalde, Kottbus, Dresden, Breslau usw. mußten wir alle erst auf der Arbeitsstelle aufsuchen, damit wir informiert wurden, was geschieht wird. Ein altes Sprichwort sagt: „Wem die Fode paßt, der zieht sie an!“ Nun aber Friede und ganze Abteilung kehrt, ohne Tritt marsch. Wenn Senftenberg geschrieben hat „läufige Ausländer“, so stimmt das schon dem Sinne nach. Hiermit sei aber nochmals gesagt: Wer in Senftenberg in Arbeit tritt, sich hier polizeilich anmeldet, muß sich auch unserer Zahlstelle anschließen, sonst behandeln wir ihn als „läufigen Ausländer“. Das muß doch ein jeder als ganz vernünftig und organisatorisch als richtig einsehen.



# Rundschau

Die **Bafalt-Union, Bonn**, über deren Verlängerung seit langem verhandelt wurde, ist, wie die Tageszeitungen melden, in ihrem Fortbestand gesichert. Nach Heranziehung der letzten noch außenstehenden bedeutenderen Firmen umfaßt die Union jetzt nahezu 100 Prozent der Schotteranlagen Westdeutschlands. Die Schwierigkeiten lagen vor allem in der starken Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Firmen und in der Eigenart der hauptsächlichsten Absatzgebiete. Mit Rücksicht auf die unsichere Wirtschaftslage schien es jedoch geboten, den Vertrag nur für die Dauer eines Jahres zu verlängern. Die Bafalt-Union hält an der bisherigen Uebung fest, die Preise ihrer Produkte nicht einseitig, sondern nur unter Mitwirkung der Abnehmer in der Arbeitsgemeinschaft festzusetzen.

**Gründung des Bafaltlava-Bord- und Pflasterstein-Verbandes (Rheinland).** In der außerordentlichen Generalversammlung, die hier abgehalten wurde und stark besucht war, vollzog der Verein Bafaltlavawerte für Mayen und Umgebung die seit zwei Jahren angestrebte Gründung des Bafaltlava-Bord- und Pflasterstein-Verbandes, G. m. b. H., Mayen. Fast sämtliche Grubenbesitzer des 180 Betriebe umfassenden Gebietes haben den Gesellschaftsvertrag unterzeichnet, der eine Konvention zur Regelung des Abjages und der Preise vorsieht. Aktienkapital und Anteile richten sich nach den Beschäftigungsziffern der einzelnen Betriebe. Bei 10 Arbeitern sind eine Stimme und 100 Markt Anteil vorgegeben. Der Verband will eine gesunde Preispolitik betreiben, die bisher in der Bafaltlavaindustrie sehr zu wünschen übrigließ.

**Reichsverband für das deutsche Steinseh-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe, e. V., Sitz Leipzig.** Der Reichsverband für das deutsche Steinseh-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe, e. V., hält seine diesjährige 18. Jahresversammlung in Magdeburg, Parkrestaurant „Schützenhaus“, am 2. März 1931 ab, an welche Veranstaltung sich am Dienstag, dem 3. März, 10 Uhr, eine öffentliche Tagung anschließt. Alle Verbandsmitglieder sind zur Jahresversammlung, alle Berufscollegen zur öffentlichen Tagung eingeladen. Die öffentliche Tagung bedingt größtes Interesse durch den fachwissenschaftlichen Vortrag des Reichsverbandsvorsitzenden Schwabach (Leipzig) über seine Teilnahme am Internationalen Straßenbaulongkurs in Washington im Oktober 1930. In Anbetracht der Krisenjahre 1930 und 1931 wird zahlreiche Besuche erwartet.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

### Versammlungen.

Am 22. Februar in Cöpenick-Berlin um 10 Uhr, bei Waldow, Berliner Straße 19.

In Mainz um 10 Uhr im Goldenen Pflug: Volkerversammlung.

In Steinau (Ob.) um 9 1/2 Uhr im Kronprinzen.

In Essen um 10 Uhr, bei Föller, beide Sektionen; Funktionäre eine Stunde früher.

Am 9. März in Berlin-Spandau um 19.30 Uhr bei Höpfer, Pichelsdorfer Straße 5.

Die örtliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt: in Wurzeln.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig.

## Briefkasten

**Sch. Kz.** Ein uneheliches Kind, welches sich bei der Mutter befindet, gilt nicht als Pflegekind. Es untersteht aber der Aufsicht des Jugendamtes. — Beschwerde in Preußen: Gegen Verfügungen von Bezirksfürsorgestellen, Einpruch bei der Stelle, die die Verfügung getroffen hat. (Magistrat, Kreisaustrich.) Auf diesen Einpruch ist schriftlicher Bescheid zu erlangen. Gegen die Zurückweisung des Einpruchs Beschwerde, binnen 2 Wochen, beim Bezirksauschuß. Dieser entscheidet endgültig. Eintragbarer Rechtsanspruch auf Fürsorge besteht nicht.

**W. B. D.** Nach § 564 A.D. sind, wenn die Betriebsweise 300 Arbeitstage ergibt, auch 300 Tage bei der Rentenfestsetzung in Anrechnung zu bringen. Jedoch muß darüber eine Bestätigung vom Unternehmer vorliegen, die an die Berufsgenossenschaft einzulegen ist.

**W. B.** Da wird, wenn auf dem Verdingungsweg keine Einigung bzw. Rücktritt von der Versicherung erfolgen kann, nichts zu machen sein. Die Unterschrift gilt. Siehe ähnliches im nächsten „Steinarbeiter“, Beilage 2. Seite.

**Hat die Polizei jeden Betriebsunfall zu untersuchen oder nur auf Verlangen?** — Antwort: Ist ein Versicherter getötet oder derart verletzt worden, daß er voraussichtlich nach 8 Wochen noch nicht wieder voll erwerbsfähig ist, so untersucht die Ortspolizeibehörde so bald als möglich den Unfall. Auch dann ist sie zur Untersuchung verpflichtet, wenn es die Berufsgenossenschaft oder der Verletzte beantragt. Der Unternehmer hat den Unfall binnen 3 Tagen, nachdem er Kenntnis erlangt hat, der Polizei anzuzeigen.

**Mein minderjähriger arbeitsloser Sohn hat sich ein Fahrrad gekauft. Die Raten kann er jedenfalls nicht bezahlen. Kann ich dafür haftbar gemacht werden?** Nein! Minderjährige können überhaupt nicht ohne weiteres wirksame Kaufverträge abschließen. Wir empfehlen, deinem Sohne das zu erklären und dem Verkäufer mitzuteilen, daß du als gesetzlicher Vertreter des Käufers mit dem Fahrradkauf nicht einverstanden bist.

**Lohnpfändung.** Habe einem Vertreter aus Gutmütigkeit Wäsche abgekauft, aber gleich gesagt, daß ich nicht bezahlen könnte, wenn ich arbeitslos würde oder kurzarbeiten muß. Tatsächlich ist in meinem Betrieb Kurzarbeit eingeführt worden. Ich bekomme nur noch 22 Mark wöchentlich. Die Firma schreibt, sie wolle nun meinen Lohn pfänden, wenn ich nicht innerhalb 8 Tagen bezahle. — Antwort: Lohn ist bis 45 Mark wöchentlich unpfändbar. Daher kommt eine Lohnpfändung überhaupt nicht in Frage. Im übrigen macht man aus Gutmütigkeit keine Geschäfte.

**Befreiung von der Mietzinssteuer** wurde mir abgelehnt, angeblich weil das Einkommen in meiner Familie über 36,09 Mark wöchentlich hinausgeht. Ist das richtig? Wie wird das Einkommen meines 20jährigen Sohnes mitgerechnet? — Antwort: Nach den gesetzlichen Bestimmungen wird das Einkommen sämtlicher Personen, die den Haushalt teilen, zusammengerechnet, also auch das deines Sohnes mit. Die Befreiungsgrenze ist für Verheiratete mit 2 Kindern tatsächlich 36,09 Mark wöchentlich. Wenn dieser Satz überschritten wird, entfällt die Befreiung.

„**Marxistische Bauwirtschaft**“ in der „**Arbeitsgemeinschaft für sozialistisches Bauen**“ hat tatsächlich die Rote Fahne, Berlin, entdeckt; zu finden in ihrer Ausgabe vom 12. Februar 1931. Diese Arbeitsgemeinschaft hat natürlich auch ein Programm, das mit folgenden Gallimathias-Vortegewirr schließt:

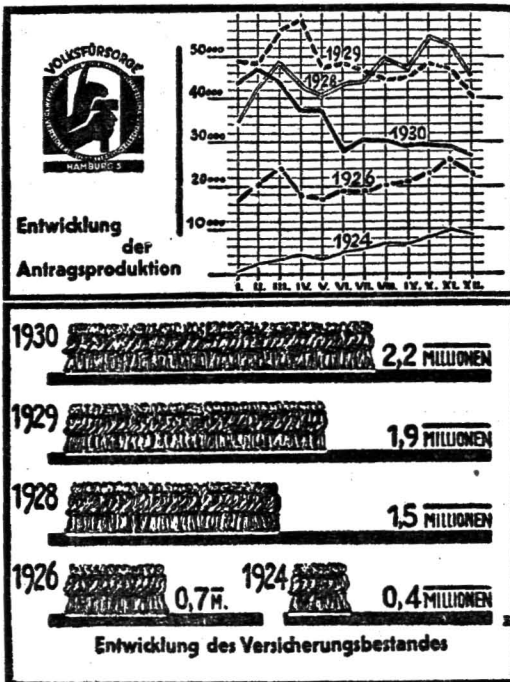
„Denn nur unter der ständigen Kontrolle der breitesten proletarischen Öffentlichkeit, nur in enger solidarischer Kampfgemeinschaft mit den sozialistischen Fachkollegen, nur im täglichen entschlossenen Angriff auf die reaktionäre Theorie und die räuberische Praxis des kapitalistischen Bauwesens kann die Architektur zu einer Waffe im Klassenkampf werden, können jene Kader von Spezialisten herantreiben, die imstande sind, mit voller Verantwortung den Abbruch einer alten Welt und den Aufbau einer neuen leitend zu übernehmen.“

Herr Dr.-Ing. Steinlein in München wird darüber sicherlich erfreut sein, denn er hat kritisch bereits vorausgesehen, was hier geandert wurde. Wegen dessen soll er nun sogar aus einer Künstlervereinigung gegangen werden? Nach dem Vorstehenden aus der Rote Fahne sicherlich zu Unrecht, denn er hat anscheinend doch recht gehabt.

Doch abgesehen von dieser Einflechtung ist „**Marxistische Bauwirtschaft**“ genau so ein Wortungetüm ohne jeden Begriffsinhalt wie „**Sozialfaschismus**“. Bei den Kommunisten ist nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum.

## Die Entwicklung des Versicherungsbestandes der Volksfürsorge

Das gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsunternehmen konnte als einzige Versicherungsgesellschaft am Ende der Inflation, im November 1923, 350 000 Versicherungen auf Rentenmark umstellen. In unerwünschter Arbeit gelang es, in den folgenden Jahren — wie aus der Abbildung ersichtlich — den jährlichen Antragszugang beachtenswert zu steigern.



Durch den ständigen Neuzugang erhöhte sich der Versicherungsbestand von Jahr zu Jahr. 1926 war der Gesamtbestand auf 733 738 Versicherungen mit 246,7 Millionen Mark Versicherungssumme, 1928 auf 1 471 140 Versicherungen mit 581,6 Millionen Mark Versicherungssumme angewachsen und erreichte Ende 1930 mit 2 200 000 Versicherungen und rund 900 Millionen Mark Versicherungssumme den Höhepunkt.

Die Volksfürsorge hofft, auch im Jahre 1931 wieder ein gutes Stück vorwärts zu kommen.

**Große Not der oberbergischen Steinindustrie.** Die gesamten Steinbrüche im Oberbergischen haben in den letzten Jahren auf Vorrat arbeiten müssen. Ihre Lager sind heute überfüllt von wertvollem Steinmaterial. Nach vorsichtiger Schätzung hat man festgestellt — wir entnehmen diese Notiz der „**Wasser- und Wegebau-Zeitschrift**“ vom 5. Februar —, daß zur Zeit in den oberbergischen Grauwadensbrüchen 60 000 Tonnen Pflastersteine auf Käufer warten. Der Preis für 10 Tonnen liegt im Durchschnitt etwa auf 250 Mark. So liegt ein Gesamtwert von 1,5 Millionen Mark und verschlingt Zinsen. 120 Güterzüge mit je 25 Doppelwaggons wären notwendig, um das gesamte Material transportieren zu können. Die Arbeitslosen sehnen sich nach Beschäftigung. Zur Behebung der großen Arbeitslosigkeit scheint es deshalb angebracht, die Mengen Steine zu verwerfen. In den letzten Tagen ist ein kleiner Lichtblick für die oberbergischen Grauwadensbesitzer eingetreten. Holland hat durch Vermittlung des Gummersbacher Arbeitsamtes einen Auftrag von 1000 Tonnen erteilt.

**Auch in der Schweiz Arbeitslosigkeit und Lohnabbau.** Die Schweiz war bis vor kurzem ein Land mit verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit. Ende Dezember wurden von den dortigen Arbeitsämtern 23 045 Stellensuchende gemeldet gegen 13 320 Ende 1929. Der Arbeitsmarkt hat sich also ziemlich verschlechtert. Seit 1923 ist ein so hoher Arbeitslosenstand nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Dazu kommt die Kurzarbeit. In der Uhrenindustrie wurde Ende des Jahres in 44 v. H. der Betriebe kurz gearbeitet. In der Textilindustrie betrug die Kurzarbeit 22 v. H. und in der Metall- und Maschinenindustrie 13 v. H. Die Unternehmer der Schweiz gehen auch zum Lohnabbau über. In der Seidenindustrie und in der Maschinenindustrie wurden Vorkürze nach dieser Richtung unternommen. Da die Kosten der Lebenshaltung fast kaum gesunken sind, wird die Arbeiterchaft der Schweiz sich gegen die geplante Verschlechterung des Lebensstandards wehren. Es ist also mit Arbeitskämpfen in der Schweiz zu rechnen.

**Rückkehr zur Sklaverei.** Durch die Presse ging kürzlich eine Meldung, daß in Liberia noch die Sklaverei bestehe. Eigentümlich ist es, daß gerade die Amerikaner sich über diese Sklaverei so ereifern. Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Vereinigten Staaten in Liberia gewaltige Gummipflanzungen erworben haben, für die sie keine willfährigen Arbeiter bekommen. Es soll sich in Liberia um die Hausflaverei, also um eine verhältnismäßig milde Form handeln. Der Weltreisende Colin Ross weiß auf diesen Zusammenhang in Nr. 31 der „**Wohlfahrt**“ hin. Dabei bemerkt er noch folgendes: „Der Sinn der Technik war, durch die Maschine den Menschen von der Last der Arbeit zu befreien, ihm bei weniger Arbeit mehr Güter zukommen zu lassen. Dieser Sinn ist durch das Verjagen der Wirtschaft in sein Gegenteil verkehrt worden. Wir haben die Güter, aber sie können von den arbeitslos gewordenen Menschen nicht erworben und konsumiert werden. Da man nicht — wie es logischerweise hätte geschehen müssen — mit wachsender Mechanisierung im gleichen Tempo die Löhne erhöhte und die Arbeitszeit verkürzte, entstand der Warenüberfluß, für den es keinen Absatz gibt, entstand das Sinken der Löhne ins Bodenlose.“ Colin Ross ist der Meinung, daß dieser Lohnsturz die Arbeiterchaft zu einer neuen Sklaverei reif macht. Diese liegt in der Sehnsucht nach kollektivistischer Bindung, in der inneren Bereitschaft zur Unterwerfung unter dem Zwang und der Gewalt eines kollektivistischen Staates. Rußland und Italien sind Beispiele einer Staatsklaverei, die nichts anderes ist, als eine Verbrämung der alten Sklaverei. Ob die neue Sklaverei besser ist als die alte, muß erst noch erwiesen werden.

# Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

**2. Gau: In Dobrilugt** vom Schleifereibetrieb Koppe fernbleiben!

**4. Gau: In Bitterfeld** ist für Kollegen aus dem Straßenbau die **Fa. Hermann Bär** wegen Lohnunterschieden gesperrt; ferner in **Halle a. S.** **Otto Hirschfeld** und **Otto Kabische**, in **Ammendorf 6. Halle:** **Franz Werseburger**, in **Weißfels:** **Otto Reinhardt** und **Schulze & Mühlhaus**, in **Mücheln, Bezirk Halle:** **Karl Geißler**.

**5. Gau: Wuppertal-Barmen.** Im Bereich der Zahlstelle sind ernste Differenzen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgebrochen. Die Steinsehermeister diktieren einen 20%prozentigen Lohnabbau und legen jedem Kollegen einen Revers vor, in dem er sich unter schriftlich mit diesem Raub einverstanden erklären soll. Sämtliche Kollegen haben ein solches Ansinnen abgelehnt, und sind infolgedessen entlassen worden.

**6. Gau: Berichtigung:** Die Sperre der Firma **Kiederle** in **Bühl** läßt sich nach näherer Prüfung nicht aufrechterhalten, denn die Firma hält nicht nur den Tariflohn ein, sondern macht auch den allgemeinen Lohnabbaurummel bisher nicht mit. Die Redaktion wurde durch eine Zuschrift falsch informiert und bedauert das.

**8. Gau: In Burgundstadt** ist der Werkplatz der **Fa. Steinwerke A. Diroll G. m. b. H.** für Steinseher, Säger und Schleifer gesperrt. Die Firma beschäftigt, einen Lohnabbau bis 30 Prozent durchzuführen.

**10. Gau: Im Bezirk Wernigerode a. Harz** sind folgende Firmen für Steinarbeiter gesperrt wegen außerordentlicher Lohnreduzierung und sonstiger Verschlechterungen vor Tarifablauf: **H. Wegener, G. Struck, Wolfram, E. Rigau, Hannover. Bafaltwerke.**

**Große Arbeitslosigkeit (40 Prozent) im Steinsehergewerbe Hollands** verbietet den deutschen Kollegen die Zureise, auch Anfragen bei dem holländischen Verband sind zwecklos und werden nicht beantwortet.

## Adressenänderungen

- 2. Gau: Beuthen.** Vorj.: **Andreas Traszka, Dr.-Stefan-Straße 12,** Sektionsleiter der Steinarbeiter: **Wilhelm Seidich, Friedrich-Ebert-Straße 10.** — **Fraustadt.** Vorj.: **Erich Breuß, Scheidenstraße 17.**
- 3. Gau: Niederriedersdorf.** Kass.: **Paul Köster, Nr. 78.** — **Otrilla.** Vorj.: **Erich Mühbach, Nr. 17.** — **Schreibersgrün.** Vorj.: **Max Großkopf, Nr. 77 B.**
- 4. Gau: Langenstein.** Kass.: **Hermann Kruse.** — **Süplingen.** Kass.: **Wilhelm Märten.** — **Zörbig.** Vorj.: **Max Martin, Grünstraße 7.**
- 5. Gau: Bochum.** Vorj.: **Otto Laak, Wärdtstraße 4.**
- 6. Gau: Kürnbach (Baden).** Vorj. und Kass.: **Wilhelm Mübinger, Lugasse 230.**
- 9. Gau: Schupbach.** Vorj.: **Wilhelm Müller.**
- 11. Gau: Bersmich.** Vorj.: **Wihl. Braend, Burgkampstraße 30;** Kass.: **Oskar Hornberg, Hopfengarten 12.** — **Stralsund.** Vorj.: **Wilhelm Harber, Greifswalder Chaussee 75;** Kass.: **August Rinow, Mühlenstraße 21;** Sektionsleiter der Steinarbeiter: **Gustav Rieck, Grobmerstraße 7.** — **Wefermünde-Bremerhaven.** Vorj.: **Gustav Meyer, Wefermünde-Lehe, Goethestraße 100, IV.**

## Bücher und Zeitschriften

„**36. Bitte um Wort zur Geschäftsordnung!**“ **Brattlicher Wegweiser** für Verbandsleiter. Vierte Auflage. Von Chefredakteur **E. Paquin.** Preis: Bei Voreinsendung des Betrages 1,90 Mark, per Nachnahme 2,20 Mark. Zu beziehen durch den Selbstverlag des Verfassers: Chefredakteur **E. Paquin, Höfel (Rheinland), Kreuzenstraße 1, Postfachkonto Essen 16 953.** Der Verfasser hat aus der Praxis der Parlamente und des öffentlichen Lebens alles zusammengetragen, was zu einer sachgemäßen und erfolgreichen Verbandsleitung gehört. Das Werkchen ist in einfacher Sprache geschrieben und gibt über alle Fragen, die irgendeinem Vorstehenden Kopfschmerzen verursachen können, erschöpfende und klare Auskunft. Vorstehenden und Vorstandsmitgliedern wie überhaupt jedem, der sich für das Organisationsleben interessiert, wird es ein Wegweiser und Ratgeber sein.

## Anzeigen

### Achtung! Zahlstelle Groß-Berlin

Montag, 2. März 1931, pünktlich um 18 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, **Jahresgeneralversammlung für alle Berufsgruppen** der Zahlstelle Groß-Berlin. Tagesordnung: 1. Vortrag des Professors **Gen. Nötling** über: Die Auswirkung der letzten Wahlen auf unsere Wirtschaftslage. 2. Bericht vom 4. Quartal und Jahresbericht 1930. 3. Stellungnahme zur Wahl der Angestellten. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Den Arbeitslosen werden 50 Pfennig Fahrgeld vergütet. Die Ortsverwaltung, **L. A. Gust. Nitsche.**

### Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechtlangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

### Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

## Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht.) Redaktion.)

- Parchim.** Am 9. Januar der Säger **Herm. Reinke**, 54 Jahre alt, Lungenschlag.
- Dreber.** Am 16. Januar der Steinsetzer **Wihl. Ahsling**, 40 Jahre alt, Herzschlag.
- Flechl** (Oberfranken). Am 18. Januar der Hilfsarbeiter **Christian Bauer**, 27 Jahre alt, drei Wochen Bluterkrankung.
- Mühlbach** (Baden). Am 25. Januar der Sandsteinmetz **Julius Dettling**, 53 Jahre alt, 6 Monate krank, Magenkrebs; am 27. Januar der Sandsteinmetz **Heinr. Bauer**, 56 Jahre alt, 4 Jahre Darmleiden.
- Dresden.** Am 1. Februar der Sandsteinmetz **Paul Ruttloff**, 63 Jahre alt, 1 Jahr 11 Monate krank, schwere Staublunge.
- Berlin.** Am 1. Februar der Schleifer **Karl Gutschmidt**, 77 Jahre alt, Grippe; am 7. Februar der Steinsetzer **Otto Thiel**, 33 Jahre alt, 5 Tage zuckerkrank.
- Großkuzendorf.** Am 5. Februar der Marmorsteinmetz **Joseph Gruner**, 20 Jahre alt, 11 Monate lungkrank.
- Striegau.** Am 7. Februar der Granitsteinmetz **Gustav Krampf**, 28 Jahre alt, 4 Wochen Lungentzündung.
- Zell a. M.** Am 11. Februar der Sandsteinmetz **Johann Föbel**, 52 Jahre alt, 27 Wochen krank, Staublunge.
- Strehlen.** Am 11. Februar der Hilfsarbeiter **Joseph Rauer**, 77 Jahre alt, 9 Tage krank, Lungentzündung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Stebold**, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.







## Klage nicht, schaffe!

Nicht nutzlos verrinnen  
dürfen die Tage  
mit schwächlicher Klage!  
Zeitig beginnen  
mit ernstem Streben,  
das heißt erleben,  
das heißt gewinnen!

Willst du erringen  
das einzig Wahre,  
das Wunderbare,  
mußt du dich zwingen,  
stetig zu schaffen —  
das Glück zu erraffen,  
mußt Opfer du bringen!

Und wenn du gestrebt  
für Recht und Wahrheit,  
für Freude und Klarheit,  
und dann erlebtest,  
daß es gelungen —  
daß das Unrecht bezwungen —  
dann hast du ein schönes Dasein gelebt!

Taefs.

## Information oder Irreführung der Öffentlichkeit

Das Büro des Bundesvorstandes des DGB. teilt mit:  
Am 13. Dezember vorigen Jahres brachte die „Vossische Zeitung“ in Berlin einen Artikel mit der Überschrift: „Jugend ohne Arbeit, 25 v. H. der Berliner Erwerbslosen berufsschulpflichtig.“ In diesem Artikel wurde behauptet, daß in Berlin die männlichen Arbeitslosen bis zu 18 Jahren mit 19 v. H. aller Erwerbslosen überhaupt die stärkste Erwerbslosengruppe darstellten. In den Altersstufen der männlichen Erwerbslosen von 18 bis 21 Jahren sinke dieser prozentuale Anteil auf 10 v. H. Bei den weiblichen Erwerbslosen betrage der Anteil der unter 18 Jahre alten nur 2,5 v. H., in der Altersklasse von 18 bis 21 Jahren erreiche ihre Zahl mit 9,5 v. H. aber schon wieder die männliche Erwerbslosenziffer. Wörtlich wurde dann gesagt:

„Durch den Erlaß der preussischen Regierung sind nach diesen statistischen Feststellungen nicht weniger als 29 v. H. aller männlichen und 12 v. H. aller weiblichen Erwerbslosen in Berlin zum Besuche des geplanten zusätzlichen Berufsschulunterrichts verpflichtet.“

Ende Dezember konnte man dann auch in einem Gewerkschaftsblatt lesen, daß in Berlin 19 v. H. aller männlichen Erwerbslosen sich im Alter bis zu 18 Jahren befinden, und daß bei über 400 000 Arbeitslosen von etwa 100 000 jugendlichen erwerbslosen Arbeitern und Arbeiterinnen in Berlin die Rede sei. Diese Notiz veranlaßte uns, bei der Schriftleitung des betreffenden Gewerkschaftsblattes nach der Quelle ihrer Information zu forschen. Es ergab sich, daß eine für die Gewerkschaftspresse arbeitende Korrespondenz den in der „Vossischen Zeitung“ und anderen Berliner Tageszeitungen erschienenen Artikel als Grundlage für eine Notiz verwendet hatte, die dann auch Eingang in die Gewerkschaftspresse fand. Wir fragten daraufhin bei der Schriftleitung der „Vossischen Zeitung“ an, wie die absoluten Zahlen für die in dem genannten Artikel erwähnten Erwerbslosengruppen lauten, und aus welcher Quelle diese Zahlen stammen. Als Antwort erhielten wir eine Zuschrift der Korrespondenz: „Das aktuelle Berlin“, Herausgeber Redakteur Redemann, Berlin-Friedenau, Offenbacher Str. 28, wonach dieser das Zahlenmaterial vom Landesarbeitsamt hatte, die erhaltenen absoluten Zahlen aber umgerechnet werden mußten. Das Landesarbeitsamt Brandenburg teilte uns auf Anfrage dann mit, daß der Artikelschreiber seinem Aufsatz die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger des Landesarbeitsamtes Brandenburg zugrunde gelegt habe. Wörtlich heißt es dann:

„Die Prozentziffer, insbesondere die der Jugendlichen, treffen im Allgemeinen auch für Berlin zu, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie richtig berechnet werden. Dies ist in dem angeführten Artikel aber leider nicht der Fall. Der Grundfehler liegt bereits in der Berechnung der männlichen Arbeitslosen bis zu 18 Jahren. Wenn der Artikelschreiber behauptet, daß diese Altersgruppe mit 19 v. H. prozentual die überhaupt stärkste Erwerbslosengruppe darstellt, so ist dies beinahe eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit, insbesondere wenn man bedenkt, daß in dieser Altersgruppe der Prozentfuß der Nichtunterstützten ein besonders hoher ist. Die tatsächliche Zahl ist dann auch 1,96 v. H.“

Das Landesarbeitsamt stellt dann weiter fest, daß auch die Angaben des Artikelschreibers über die weiblichen Arbeitslosen falsch sind. Während dieser schreibt, daß die weiblichen Erwerbslosen von 21 bis 30 Jahren 17 v. H. aller weiblichen Erwerbslosen ausmachen, stellte das Landesarbeitsamt fest, daß auf diese Altersgruppe fast 34 v. H. aller weiblichen Erwerbslosen entfallen.

Wir haben diese Fälle eingehend geprüft, um einmal festzustellen, auf welche Weise grobe Irreführungen der Öffentlichkeit zustande kommen, und um an diesem Beispiel zu zeigen, in wie hohem Maße eine sehr kritische Betrachtung von Beiträgen für Zeitungen berechtigt ist, die, ohne absolute Zahlen zu nennen, nur mit Prozentzahlen herumjonglieren.

Bemerkte sei zum Schluß nur noch, daß auch die Bezugnahme des Artikelschreibers auf einen Erlaß der preussischen Regierung, betreffend zusätzlichen Berufsschulunterricht für Erwerbslose bis zu 21 Jahren, ungerechtfertigt war, da dieser Erlaß nur Feststellungen zum Zwecke der evtl. Vorbereitung einer solchen Maßnahme in die Wege leitete. Der Artikelschreiber kann allerdings als Entschuldigung eine unzutreffende Presseberichterstattung über diesen Erlaß für sich in Anspruch nehmen.

## Ist der Pfisterlehrling im Winter arbeitslos?

Die Lehrverhältnisse im Steinsegerberufe sind aus dem Grunde mäßig, als in den allermeisten Fällen die Lehrlinge im Winter ohne Beschäftigung sind. Der abgeschlossene Lehrvertrag läuft zwar auch während des Winters weiter, jedoch gibt es — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — im Winter keine Gelegenheit, den Lehrling zu beschäftigen. Die Arbeitgeber, die stets ans Sparen denken, wenn es die Arbeitnehmer betrifft, melden nun vielfach ihre unbeschäftigten Lehrlinge während des Winters von der Krankenversicherung ab. Hierdurch entstehen naturgemäß dem Arbeitnehmer schwere Nachteile. Er muß dann, falls er nicht auf die Vorteile der Krankenversicherung verzichten will, seine Rassenmitgliederschaft auf eigene Kosten freiwillig fortsetzen. Es ist deshalb die Frage wichtig, ob der Arbeitgeber berechtigt ist, den Lehrling abzumelden. Mit dieser Frage hat sich das Reichsversicherungsamt schon vor langer Zeit beschäftigt und unter dem 6. Mai 1916 folgende Entscheidung gefällt: „Während der Betriebspause im Winter besteht für die Pfisterlehrlinge keine Beitragspflicht zur Krankenversicherung.“ Diese Entscheidung stützt sich darauf, daß zwar während des beschäftigungslosen Winters das Lehrverhältnis

weitergehe, daß jedoch keine Beschäftigung stattfindet. Das Vorliegen eines Beschäftigungsverhältnisses sei jedoch allein ausschlaggebend für die Beurteilung der Krankenversicherungspflicht. Weiter stützt sich die Entscheidung darauf, daß ja der Lehrling während der beschäftigungslosen Zeit vollkommen frei und ungebunden sei und auch dadurch Gelegenheit habe, während dieser Zeit eine andere vorübergehende Beschäftigung anzunehmen. Der Lehrling habe lediglich die Verpflichtung, sich bei Eintritt besserer Jahreszeit seinem Arbeitgeber zur Fortsetzung des Lehrverhältnisses zur Verfügung zu stellen. Auf den gleichen Standpunkt stellt sich auch eine andere Entscheidung der gleichen Behörde vom 16. Oktober 1930. Es heißt in derselben: „Die im Baugewerbe beschäftigten Lehrlinge sind während Arbeitsunterbrechungen im Winter nicht Krankenversicherungspflichtig.“ Diese Entscheidung spricht zwar von Lehrlingen im Maurerberuf, es steht jedoch außer allem Zweifel, daß sie sinngemäß auch auf die Lehrlinge im Steinsegerhandwerk Anwendung finden muß. Aus der Begründung zu dieser Entscheidung sind folgende Ausführungen bemerkenswert: „... Dem Arbeitgeber würde für die Zeit der Arbeitsunterbrechung die Fortzahlung der Beiträge zur Last fallen. Das würde aber eine vollkommen unbillige Belastung des Arbeitgebers darstellen, die letzten Endes nur dazu führen würde, die Lehrlingshaltung im Baugewerbe zu unterbinden und das Heer der Arbeitslosen noch weiter zu vergrößern.“ Wenn nun schon der Lehrling nicht Krankenversicherungspflichtig ist, da er — und darauf fuhen diese Entscheidungen — ja beschäftigungslos ist, so muß die Frage auftauchen, ob er für diese Zeit Arbeitslosenunterstützung erhalten kann.

Auch zu dieser Frage sind einige Entscheidungen gefällt. So heißt es in einer Entscheidung vom 21. März 1928: „Ein Maurerlehrling, der während der Dauer des vertraglichen Lehrverhältnisses infolge Unterbrechung der Bautätigkeit im Winter von seinem Lehrherrn tatsächlich nicht beschäftigt wird, ist nicht arbeitslos im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und daher nicht unterstützungsberechtigt.“ Es besteht darüber keine Meinungsverschiedenheit, daß auch diese Entscheidung auf die Lehrlinge unseres Berufes Anwendung finden kann. Eine andere Entscheidung des bereits erwähnten Reichsversicherungsamtes vom 19. Juni 1929 geht noch weiter: „Ein Lehrling, der während der Dauer des vertraglichen Lehrverhältnisses infolge Unterbrechung der Bautätigkeit im Winter von seinem Lehrherrn tatsächlich nicht beschäftigt wird, ist auch nach Beendigung einer Zwischenbeschäftigung, die er in der stillen Zeit aufgenommen hat, nicht arbeitslos im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, wenn sein altes Lehrverhältnis nicht aufgelöst worden ist.“ Diese Entscheidung ist in ihrem Wortlaut wohl so klar, daß auf ihre Auslegung nicht weiter eingegangen zu werden braucht.

Betrachtet man nun alle die hier angeführten Entscheidungen, so muß man zweierlei feststellen:

1. Der Lehrling ist während der beschäftigungslosen Wintermonate nicht Krankenversicherungspflichtig,
2. er ist jedoch trotzdem nicht „arbeitslos“ und damit nicht unterstützungsberechtigt.

Was ist denn der Lehrling da nun eigentlich? Jeder Laie merkt und fühlt, daß sich die Entscheidungen, obgleich sie alle von unserer obersten Sozialversicherungsbehörde stammen, widersprechen. Nach dem klaren Menschenverstand muß man sich sagen, daß der Lehrling entweder versicherungspflichtig und dadurch nicht arbeitslos sein kann, oder er ist arbeitslos und dann nicht versicherungspflichtig. Die Sache wird jedoch noch viel verwickelter. Man hat nämlich festgestellt, daß der beschäftigungslose Lehrling Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen muß, und zwar auch für die Zeit, wo er nicht Krankenversicherungspflichtig ist, da er keine Beschäftigung ausübt. So hat der Präsident des Sächsischen Landesarbeitsamtes in einem Rundschreiben vom 22. Januar 1931 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in den hier besprochenen Fällen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auch während der beschäftigungslosen Zeit zu zahlen sind. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden nun von den Krankenkassen als Zuschuß zu den Krankentagebeiträgen eingezogen. Es werden aber in diesen Fällen gar keine Krankentagebeiträge erhoben. Wie wird nun die Abführung der Arbeitslosenbeiträge geregelt?

Diese Dinge zeigen so richtig die Zerrissenheit unserer Sozialgesetzgebung und erst recht ihrer Rechtsprechung. Es wird höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird. So wie die hier besprochene Frage im Augenblick liegt, findet sich kein Mensch aus ihr heraus.

## Aus dem 4. Gau über Lehrlingswesen

Der Steinsegerunternehmer Ernst Hoffmann in Straußfurt, der keine Berechtigung zum Anlernen von Lehrlingen besitzt, hielt sich trotz alledem eine Schar von Lehrlingen. Unsere Bemühungen, diesen Unternehmer zu bewegen, im Interesse der jungen Leute davon abzulassen, negierte Hoffmann vollständig. Es blieb uns nur noch der Weg über die zuständige Handwerkskammer Erfurt übrig. Im vorliegenden Fall griff dann noch der für Mitteldeutschland bestehende Unternehmerverband ein. Den beiderseitigen Bemühungen ist es nunmehr gelungen, dem Unternehmer Hoffmann das Handwerk zu legen. Wie die Handwerkskammer Erfurt mitteilt, hat das Amtsgericht Weiskensee in Thüringen den Steinsegerunternehmer Hoffmann wegen Verletzung der Paragraphen 129 und 148 der G.D. zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Sollten noch irgendwo Unternehmer vorhanden sein, die trotz Fehlens der Berechtigung zum Anlernen von Lehrlingen solche beschäftigen, so ist der gleiche Weg dringend zu empfehlen.

## Abbau der Löhne

### für Lehrlinge im Steinsegergewerbe für Anhalt

Der Abbaurummel der Unternehmer wird nachgerade zur Gröteste. Der Obermeister der Steinsegerzunft für Anhalt teilt dem Gesellenausschuß mit, daß die Innungsmitglieder beschließen hätten, nunmehr auch die Löhne für Lehrlinge abzubauen und gleichzeitig deren Ferien zu verringern. Schuld hieran soll die jetzt herrschende schwere Wirtschaftskrise haben. Vor einigen Jahren haben dieselben Herren erst beschlossene, antwort wie bisher üblich eine dreijährige Lehrzeit, nunmehr eine solche von vier Jahren eingeführt. Bei dieser Gelegenheit wurden schon die Lohnsätze der Lehrlinge ganz gewaltig abgebaut und damit es besser schafft, gleichzeitig eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Lehrlingen eingestellt. Damit ist der Appetit dieser Steinsegerunternehmer noch nicht gestillt, denn die zentral festgelegten Lohnsätze, obgleich eine Kündigung dieser zentralen Richtlinien nicht stattgefunden hat, sollen noch weiter heruntergedrückt werden. Die Lohnreduzierung soll „nur“ 33 bis 40 Prozent betragen! Die Eltern dieser Lehrlinge unterliegen ja nicht der schweren vorherrschenden Wirtschaftskrise. Denen fällt ja nicht so schwer, den Schmachtriemen enger zuzuziehen. Noch etwas Hunger mehr oder weniger kommt bei den Proleten nicht in Frage. Die Hauptsache ist, daß die Herren Steinsegermeister nichts entbehren und in gewohnter Weise weiterleben können. Es gehört schon Dreistigkeit dazu, an den soviel niederen Löhnen der Lehrlinge herumzunknappern. Doch daran fehlt es den Steinsegermeistern in Anhalt wahrlich nicht. Deutschland muß wirklich stark auf den Hund gekommen sein, wenn die Wirtschaft Deutschlands nur noch durch Abbau der Lehrlingslöhne und Entziehung der Ferien der Lehrlinge aufrechterhalten werden kann. Hoffentlich finden sich keine Eltern, die ihre aus der Schule entlassenen Söhne solchen Lehrherren zur Ausbeutung zur Verfügung stellen.

## Ueber allem der große Gedanke!

Das ewige Nur-Ueberlegen und Nur-Erwägen und Nur-Ber- stehen, das hat der Dichter von Hofmannsthal einmal „die typische Lebenshemmung unserer Zeit“ genannt.

Bekannt ist das Beispiel vom Tausendfüßler, das ein Dichter einmal gebraucht hat. Frage den Tausendfüßler, so schrieb er, wie er es macht, mit so vielen Füßen zu gehen, und plötzlich ist es ihm vor lauter Ueberlegung gar nicht mehr möglich, seine vielen Beine zu gebrauchen, wie es ihm sonst so natürlich war.

Viel all des Selbstverständlichen, das der Kampf dem Volke einst gewesen, ging verloren, weil der Intellektualismus der kapitalistischen Zeit zersetzend wirkte auf den alten, einen Glauben der Schaffenden.

Goethe, Nietzsche, Hebbel und andere sahen dieses Unbewußte und Selbstverständliche der menschlichen Seele geradezu als das Eigentliche, Echte, Ursprüngliche und Wertvollste des Lebens an. Wird es ertötet, dieses Unbewußte in uns, dann ist Erstarrung die Folge, dann ist Schwunglosigkeit die große Gefahr.

Wenn wir heute diese Kleinlichkeit sehen, mit der so manche im Leben der Bewegung stehen, diese Engherzigkeit, diese Mutlosigkeit, diese ewige Unzufriedenheit mit allen und allem, dann finden wir, schauen wir tiefer, dieses Zerfahrenheit der menschlichen Seele als letzten Grund. Die ewige Sorge, dieses ewige Ringen um das Kleinste des Tages zwingt zur einseitigsten Einstellung zum Leben so viele, und da werden dann in ihnen diese Tiefen verschüttet, aus denen allein der echte Glaube an das Leben glüht.

Wenn wir in dieser aufgewühlten Zeit den Gegensatz betrachten, wie er ist zwischen dem „radikalen“ Menschen und dem seinen Weg gehenden Kämpfer, zwischen dem „Extremen“ und dem Menschen, der mit beiden Füßen in der Wirklichkeit des Lebens steht, dann finden wir einen auffallenden Gegensatz der Seelen: dort beim Radikalismus der Mensch der Seele entworzelt, hier beim bewußten Kämpfer der Mensch voll einer zähen Liebe zur Idee.

Dieses Unbewußte in uns, das sich als Liebe zum großen Gedanken gar nicht betrenn läßt, das ist ein Funke des Ewigen, das da drängt und doch die Geduld kennt, wie sie stets mit großer Liebe verbunden. Das da erfüllt ist von ungeheuren revolutionären Energien, die aber diszipliniert sind durch eben diese tiefe Liebe zur Idee.

Vom Kampfgedanken erfährt sein, ist etwas Heiliges. Etwas Prophetisches. Der Kämpfer glaubt aus dem Tiefsten seiner Seele, weil sein Kampf die Erfüllung des Feiertlichen in ihm ist. Der Kämpfer stirbt, wenn die Stunde gekommen, wie keiner, und er wartet dennoch, wenn die Stunde noch nicht ist. Er ist der Radikalste im Glauben, der Extremste in seiner Liebe, und gerade aus solch ungeheurer Liebe zum Gedanken steht er als Mensch auch zum Kleinen im Tageskampf.

Darum verlangt diese Notzeit dringend dieses Erleben des Urgrundes in uns. Wir haben Stunden der Feier nötig, Stunden des Glaubens und der Bestimmung auf uns selbst.

Es geht um das Große, wie einst. Und um den alten Glauben. Und aus der gleichen, einen Liebe heraus ersehnen wir alle das Kommende.

Wir sind Brüder!

Nur aus diesem Erleben sind wir stark im Glauben und einzig mit unserer ganzen trotzigem Kraft.

Wir sind Brüder!

Unter solchem Erleben der Seele zerrinnt alles Kleine und er- steht vor uns in Majestät der Gedanke, dem wir dienen und dem die kämpfenden Geschlechter alle dienen vor uns.

Dr. G. H.

## Was liest die Jugend?

Das preussische Wohlfahrtsministerium hat Feststellungen über die Lektüre unserer Jugend von heute gemacht. Man hat untersucht, was der Jugendliche privat, in Bibliotheken liest, und wie sich die Wünsche nach Unterrichtsstoff in den Schulen äußern. Es handelt sich um Jugendliche im Alter von 10 bis 15 Jahren. Das Endergebnis dieser Untersuchung sieht nach der „Deutschen Presse“ folgendermaßen aus: „Die Jugend will Aufklärung über das, was man ihr gegenüber mit dem Schleier des Geheimnisses umwob, also Aufklärung über Grotit, Geschlechtsleben, Mysterien des Lebens und der Liebe. Technische, religiöse, politische Fragen treten zurück. Dann der Drang nach Schauergeschichten, Kriminalromanen, Gruselgeschichten, Detektivgeschichten, Wodassären. Im einzelnen aus dem Material einige Blütenlese, wobei vorausgeschickt sei, daß die Jugend um das 10. Jahr herum noch an den alten Schmölkern (Räuber-, Indianergeschichten, Troköttschen- und Töchteralbm- literatur) festhält, der moderne Einschlag mit dem 12. Jahr beginnt. In dieser Zeit bis zum 15. Jahr liest man: „Zwei Gatten Weib“, „Das Kind der Liebe“, Sherlock Holmes, Karl May, „Banditen im Fraz“, „Frauenhaus von Kairo“. Im Jugendalter „Cajanova“ von Hand zu Hand, eine Tertia hat auf die Zeitchrift „Die Ehe“ abonniert. Die 16jährigen Damen suchen nach Aufklärungsschriften erotischen und medizinischen Inhalts. Sensationsprose, der Fall Kranz, Frenzel-Prozess sind gefragt. Die älteste Schuljugend verlangt statt der Klaffter moderne Dichter, ein an sich nicht unbilliges Verlangen. Bei der Aussprache über die Auswahl auch wieder der Drang nach Sensation. Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß weltanschauliche Fragen, religiöse Themat, sogar politische Themen kaum gelesen werden. Auf den Volksschulen spielt in der ersten Klasse Politik eine gewisse Rolle, da sich hier kommunistische Propaganda bereits bemerkbar macht, in manchen Primern der höheren Lehranstalten hat der Nationalsozialismus die jungen Gemüter manchmal benebelt. Hier wirkt der Sport aber bereits ausgleichend.“

Aus dem Lesebedürfnis unserer heutigen Jugend kann man er- messen, wie die Anschauungen sich gewandelt haben. Es wäre un- nützlich, darüber zu lamentieren, da doch daran nichts zu ändern ist. Die Arbeiterklasse muß versuchen, ihre Jugend mit ihren Idealen zu erfüllen.

Tarifbezirk (Straßenbau) Niederlausitz. Der Vorsitzende des Ge- sellenausschusses, Kollege Parzike, trug in der am 10. Februar 1931 in Cottbus stattgefundenen Innungsverammlung die fast aus allen Orten des Bezirks eingelaufenen Beschwerden vor. Sämtliche Beschwerden richteten sich gegen die viel zu hohe Zahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben. Kollege Jüttner weist darauf hin, daß es so nicht weiter gehen könnte, da bei einer übertriebenen Lehrlingshaltung die Ausbildung un- seres Nachwuchses und somit die im Interesse des Straßenbau- gewerbes hochzuhaltende Qualitätsarbeit leidet. Die Meister möch- ten bei der Einstellung von Lehrlingen darauf achten, daß die jungen Leute auch wirklich für unseren Beruf geeignet sind. Der Innungsvorstand gibt bekannt, daß im vergangenen Jahre im ganzen Bezirk 9 Lehrlinge aufgenommen wurden und für das laufende Jahr Neuanmeldungen von Lehrlingen überhaupt noch nicht vorliegen.